

Bezugpreis:

Für den Monat August 9.- M. voraus zahlbar. Unser Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, sowie Ostpreußen und Litauen 12.- M. für das übrige Ausland 17.- M. Postgebühren nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Ostpreußen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Boll und Str', der Unterhaltungsbeilage 'Himmel' und der Beilage 'Siedlung und Kleingarten' erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonpareilzeile kostet 25.- M. Reklamzeile 125.- M. 'Kleine Anzeigen' des jetzigen Preises Wort 7.- M. (zuletzt zwei fettgedruckte Wörter), jedes weitere Wort 4.- M. Stellenangebote und Stellenangelegenheiten das erste Wort 4.- M., jedes weitere Wort 3.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen als zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Preis 10.- M.

Zeigeln für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Größen von 3 Ubr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhofs 292-293 und 2506-2507

Donnerstag, den 3. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Anfertigung: Dönhofs 2506-2507

Die Auffassung der Reichsregierung.

Der 'Sozialdemokratische Parlamentsdienst' meldet: Die Regierung trat in den ersten Nachmittagsstunden zu einer Besprechung der Note und im Zusammenhang hiermit zu einer Besprechung der Gesamtsituation zusammen. Das Kabinett war übereinstimmend der Auffassung, daß nach wie vor ein Grund zu einer Verringerung der Auffassung, die in der letzten Note an die französische Regierung wiedergegeben wurde, nicht besteht und infolgedessen eine Begleichung der französischen Forderungen zu dem angegebenen Termin nicht in Frage kommen kann.

Wenige Stunden nach der Kabinettsitzung fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Beratung sämtlicher Parteiführer ausschließlich der Kommunisten statt. In dieser Besprechung äußerten sich die Parteiführer über die Wirkung der Note auf die innerpolitische Lage Deutschlands. Uebereinstimmend wurde betont, die gegenwärtige Situation fordere keine überstürzten Beschlüsse, sondern Ruhe und Entschlossenheit in der Führung der deutschen Reichspolitik.

Die Note Poincarés ist von der deutschen Presse mit verhältnismäßiger Ruhe aufgenommen worden. Wäre man auch in Frankreich ruhiger Ueberlegung zugänglich, so müßte man dort bald begreifen, wie wenig juristische und moralische Berechtigung den französischen Dialogen innewohnt. Deutschland hat nämlich nicht gesagt, daß es am 15. August das Ausgleichkonto nicht begleichen wird, sondern es hat nur an alle Beteiligten das Ersuchen gerichtet, die diesmalige Ratenzahlung auf ein Viertel des Gesamtbetrags herabzusetzen. Erst wenn alle Beteiligten dieses Ersuchen ablehnen würden, und Deutschland trotzdem nicht zahlte, könnte logischerweise die Frage entstehen, was weiter zu geschehen habe. In diesem Sinne ist der 15. August Verfalltag, nicht der 5. August.

Es kann nun der Fall eintreten, daß ein Teil der Regierungen das deutsche Stundungsgesuch genehmigt, ein anderer Teil aber nicht. Wie liegt dann die Sache? Dann besteht die Möglichkeit, daß Deutschland jenen Teil befriedigt, der auf seiner Befriedigung besteht — vorausgesetzt, daß die anderen Regierungen keinen Einspruch dagegen erheben. Die deutsche Regierung selbst hat die Zahlungsfähigkeit auf eine halbe Million Pfund Sterling eingeschätzt, möglicherweise würde dieser Betrag dazu genügen, diejenigen zu bezahlen, die auf Bezahlung bestehen, und wenn dabei auch noch etwas draufgelegt würde, so wäre die ganze Angelegenheit noch keine internationale Krise wert.

Frankreich kann zum 15. August die Bezahlung des ihm gebührenden Teils verlangen, es kann aber nicht verlangen, daß Deutschland am 5. August Herrn Poincaré verspricht, es werde an dem Regierungen zahlen, selbst wenn diese auf die Zahlung verzichten sollten. Das ist ein völliger Widerspruch.

Herrn Poincarés Verhalten ist nicht juristisch oder moralisch, sondern rein politisch zu bewerten als ein Versuch, aus einem geringfügigen Anlaß eine Krise vom Jaun zu brechen und eine Kraftprobe zu riskieren, die sich ebenso gegen Frankreichs Verbündete wie gegen Deutschland richtet.

Der Gedanke liegt nahe, daß der französische Ministerpräsident hofft, eine Komplizierung der französisch-deutschen Krise mit der bayerisch-deutschen bewirken zu können und daß er die Gelegenheit für gekommen hält, einen Zertrümmerungsstoß gegen die deutsche Reichseinheit zu führen. Nicht mit Unrecht sieht er in den Deutschnationalen, die den bayerisch-deutschen Kernefall auf die Spitze zu treiben bemüht sind, Helfer für sein Werk. Die Geschichte wird über jene Deutschen richten, die in dieser Stunde der Gefahr von außen den inneren Hader bis zur Zerreißung des Reiches treiben.

Poincarés angebliche Absicht.

Paris, 2. August. (W.F.) Nach dem Antragsentwurf soll Poincaré bei den in seiner Note über die Frage der Auslandszahlungen angebotenen Zwangsmassnahmen an die Beschlagnahme des Reiches einiger deutscher Großindustrieller im besetzten Rheinfland oder auch an die Beschlagnahme des Reiches deutscher Staatsangehöriger gedacht haben, die gegenwärtig in Elsass-Lothringen wohnen. Hierzu könnten polizeiliche Besetzungsmaßnahmen im Ruhrgebiet kommen.

Erklärungen zur englischen Note.

London, 2. August. (W.F.) Zu der Note Balfours an die Alliierten schreibt der 'Daily Chronicle', daß es nicht selbstverständlich sei, wenn England auf seine Schuldforderungen verzichtet und daß es ein großes Opfer seinerseits sei, wenn es nur soviel von seinen Schulden zurückverlange, als es an Amerika zu bezahlen haben werde. Da die Forderung Englands viermal so groß als die Schuld an Amerika sei, so bedeute dies, daß es auf drei Viertel

seiner Forderung im voraus verzichte. Balfours Erklärung, daß England bei einer allgemeinen Regelung auf alle Forderungen verzichten sollte, sei eine Einladung an Amerika, dasselbe zu tun. Es bestünde aber bis jetzt keine Aussicht, Amerika zu einer solchen Regelung zu gewinnen.

Der 'Telegraph' bezeichnet die Note als einen Akt der Brüderlichkeit, der für die Schuld der Alliierten an Amerika gut sage. In der Ansicht, daß man auf dem toten Punkt angelangt sei, übernehme England die Führung auf dem Wege zur Wiederherstellung.

Von den wenigen Blättern, die die Note ablehnend besprechen, schreibt die 'Morningpost', daß die Note Balfours das Gegenteil von der beabsichtigten Wirkung bei derjenigen Macht, die den Schlüssel in der Hand halte, erreichen werde. Die Note werde Amerika verstimmen und Frankreich zur Verzweiflung treiben.

Der politische Mitarbeiter des 'Daily Chronicle' teilt mit, daß Lloyd George bei der heutigen Debatte im Unterhause über die Reparationsfrage eine Erklärung über die englische Note abgegeben werde. Der parlamentarische Mitarbeiter des 'Daily Telegraph' schreibt, daß die Note eine Besprechung der interalliierten Schulden bei der bevorstehenden Konferenz in London ausschalte, die sich also lediglich mit der Frage des Moratoriums für Deutschland beschäftigen werde.

Amerikas Haltung.

London, 2. August. (W.F.) Wie aus Washington gemeldet wird, sagte der Führer der Demokraten, Senator Hitchcock, bezüglich der Balfour-Note, es werde lange dauern, bevor der Kongress sich entscheiden würde, Englands Schulden an die Vereinigten Staaten zu freieren. Wenn eine solche Maßnahme jemals angenommen werden sollte, würde dies nur der Fall sein, wenn die Vereinigten Staaten zu der Ueberzeugung kämen, daß die Lage nur durch eine derartige Aktion gerettet werden könnte. Staatssekretär Hughes lehnte es ab, sich über die Balfour-Note zu äußern, bevor der amtliche Text vorliegt.

London, 2. August. (W.F.) Eine Exchange-Meldung aus Washington besagt, die Hände des Präsidenten Harding seien gebunden, da eine Annullierung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten eines neuen Gesetzes bedürfen würde. Das Gesetz betreffend die Errichtung der Schuldensundierungskommission besage, daß jeder Dollar, der den Vereinigten Staaten geschuldet sei, zurückgezahlt werden müsse. Wenn die Regierung beabsichtigen würde, Verhandlungen bezüglich einer gegenseitigen Annullierung von Schulden aufzunehmen, so würde der Präsident den Kongress ersuchen müssen, das gegenwärtige Gesetz abzuschaffen. Eine solche Tat würde auf politischen Selbstmord hinauslaufen. Dies sei eine Zusammenfassung des Urteils der offiziellen Kreise in Washington nach Eintreffen der Nachricht über die Balfour-Note.

Nach einer weiteren Exchange-Meldung aus New York sagte Senator Mc Cumber, der Vorsitzende des Finanzausschusses, Großbritannien ist im Gegensatz zu seinen Schuldnern vollständig zahlungsfähig. Großbritannien bietet an, auf die Zahlungen durch demnach bankrotete Schuldner zu verzichten, von denen es doch nichts erhalten würde. Wir werden niemals die Schulden annullieren. Eine solche Maßnahme würde nie vom Senat angenommen und niemals vom amerikanischen Volke gebilligt werden.

Senator Watson, ein Mitglied des Finanzausschusses, erklärte, kein Vorschlag, unsere Ansprüche gegenüber England zu annullieren, würde vom Finanzausschuh des Senats in den nächsten hundert Jahren angenommen werden. Selbst wenn aber der Ausschuh zustimmen würde, würde ein solches Gesetz niemals vom Senat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung gebilligt werden. Das amerikanische Volk würde in seiner überwältigenden Mehrheit gegen einen solchen Vorschlag sein.

Ein Schlag gegen das Saargebiet?

Frankreich mit dem Saarpalament unzufrieden.

Paris, 2. August. (W.F.) Wie die Agence Havas mitteilt, erinnert der Vorsitzende der Finanzkommission der Kammer, Abgeordnete Darcis, der vor einiger Zeit an der Spitze einer Enquete-Kommission das besetzte Rheinfland und das Saargebiet betritt und hierüber Bericht erstattet hat, heuerdings Poincaré in einem Briefe an die Kundgebungen der ersten Sitzung der beratenden Versammlung des Saargebietes vom 20. Juli, die ausgesprochen französischfeindlich seien. Darcis erklärt die Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes, durch welche die beratende Versammlung geschaffen wurde, für inopportun, wenn nicht gefährlich. Er bittet um Mitteilung der Maßnahmen, die der Ministerpräsident dem Völkerverbundrat vorzuschlagen gedenke, um eine Wiederholung von Zwischenfällen zu vermeiden, durch die die Zukunft der französischen Politik im Saargebiet ernstlich gefährdet würde.

Ministerpräsident Poincaré hat gestern vormittag den Vorsitzenden der Regierungskommission für das Saargebiet, Rault, empfangen.

Ein unsinniges Kohlenprogramm

Von Heinr. Döfler, M. d. R.

Auf dem Gebiete der deutschen Kohlenwirtschaft hat der Versailler Vertrag verheerende Wirkungen ausgelöst. Deutschland, in der Vorkriegszeit das zweitgrößte Kohlenausfuhrland Europas, ist Kohleneinfuhrland geworden, infolge des Verlustes wichtiger Erzeugungsbezirke und der Zwangslieferungen an die Entente. Auch in dem neuen Lieferungsprogramm, das von der Entente in Vorschlag gebracht wird und am 1. August beginnen soll, ist die kohlenwirtschaftliche Lage Deutschlands nicht berücksichtigt worden, obwohl der Teil VIII Anlage IV § 4 des Friedensvertrages mit folgenden Worten hierzu ermahnt:

Bei seiner Entscheidung trägt der Ausschuh den inneren Bedürfnissen Deutschlands soweit Rechnung, wie es zur Aufrechterhaltung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens Deutschlands notwendig ist.

Nach Anlage V § 10 dieses Vertrages sollen Forderungen verschoben oder für ungültig erklärt werden, die die deutschen industriellen Bedürfnisse übermäßig belasten.

Von alledem ist nichts beachtet worden. Das muß eindeutig ausgesprochen werden.

In Deutschland wurden 1921 gewonnen 136,1 Millionen Tonnen Steinkohle, gleich 11,34 Millionen Tonnen im Monatsdurchschnitt. Zu einem Ausblick auf die gegenwärtige Kohlenlage wollen wir die monatliche Gewinnungsziffer von 1921 zugrunde legen.

Table with 2 columns: Description and Quantity. Rows include: Es betrug die Förderung im Monatsdurchschnitt 1921 11,34 Mill. t; Hierbon ist abzuziehen die Monatsförderung der an Polen abgetretenen Bergwerke mit 1,03 Mill. t; Abermals ist abzuziehen der Zehenselfstverbrauchs und die Deputatkohle mit 1,21 Mill. t; Rest bleibt 9,10 Mill. t; Hiervon ist hierbon abzuziehen die Förderung an die Entente nach dem von ihr vorgeschlagenen Lieferungsprogramm mit 1,72 Mill. t; Übrig bleibt zur freien Verfügung 7,38 Mill. t.

Die 6,49 Millionen Tonnen Steinkohle können der deutschen Wirtschaft zum Verbrauch nicht voll freigegeben werden, denn geringe Ausfuhrmengen (Staatsvertrag mit Holland usw.) gehen noch ab. Fraglich ist ferner nach den Beobachtungen der letzten Monate, ob die Fördermenge des Vorjahres in 1922 erreicht werden wird. Weil der Reichsachmann das Gewicht dieser Zahl nicht ermessen kann — Schwergewicht wäre in diesem Falle unrichtig — sei gesagt, daß Deutschland nach vorherigem Abzug des Zehenselfstverbrauchs und der Deputatkohle im Monatsdurchschnitt 1913 und in seinem gegenwärtigen Grenzen 9,82 Millionen Tonnen Steinkohle benötigte. Zu einem solchen Verbrauch fehlen heute 3,32 Millionen Tonnen im Monat oder 33,8 Proz.

Die Reichsregierung hat in einer Denkschrift und in mündlichen Verhandlungen, die in Paris stattfanden, unter Hinweis auf den eingetretenen Verlust in Oberschlesien, der 20 Proz. beträgt und des Förderrückganges von 10 Proz. an der Ruhr, das bisherige Lieferungsprogramm mit 1,916 Millionen Tonnen um 30 Proz. auf 1,340 Millionen Tonnen monatlich ermäßigen zu wollen. Bei einer etwaigen Steigerung der Förderung wurde eine entsprechende Verringerung des Lieferungsprogramms zugesagt. Nur die inzwischen eingetretenen Verluste hat die Reichsregierung zu berücksichtigen. Das ist nicht geschehen.

Für die nächsten drei Monate — August bis Oktober d. J. — werden monatlich 1,775 Millionen Tonnen Steinkohle, darunter 620 000 Tonnen Koks und 100 000 Tonnen Koksfeinkohle beansprucht. Die Entgegennahme von Braunkohlenbriketts, die in dem am 31. Juli abgelaufenen Lieferungsprogramm mit 48 000 Tonnen monatlich enthalten waren, wird abgelehnt. Unter Beachtung des Verlustes in Oberschlesien und des Förderrückganges an der Ruhr, bedeutet dieses Programm gegenüber dem bisherigen eine Verschärfung. Dieses Programm ist nach unserer festen Ueberzeugung unerfüllbar. Dieser Auffassung hat auch der Reichskohlenrat in einer Entschliessung, die einstimmig angenommen wurde, Ausdruck verliehen. Wenn es nicht zu Stilllegungen und Arbeiterentlassungen in der verbrauchenden Industrie kommen soll, dann kann dieses Programm auch beim besten Willen nicht erfüllt werden. Es ist Deutschland und auch der Entente nicht geholfen, wenn zur Erfüllung dieses Lieferungsprogramms Kohle gegen deutsche Mark aus Polnisch-Oberschlesien bezogen wird. Das ist dann keine Sachleistung mehr, sondern eine Geldleistung, weil deutsche Zahlungsmittel in das Ausland gegeben werden müssen, und die dort gebraucht werden zum Ankauf hochvalutarischer Devisen und dadurch den Stand der deutschen Valuta hinabdrücken helfen. Dann aber wird Klage erhoben, daß Deutschland nichts tue, um seinen Valutastand zu heben. Wir sind der Auffassung, daß Frankreich die verlangten Kohlenmengen nicht benötigt und daß schikanöser Wille bei

seinem Verlangen bestimmend ist. Wenn Frankreich so viel Kohlen gebraucht, wäre es an erster Stelle seine Pflicht, die Produktion des Saarreviers, soweit sie überschüssig ist, in sein Land einzuführen. Es hat auf die Dauer von 15 Jahren das volle, unbeschränkte Ausbeutungsrecht der Saarbergwerke. Viele Monate hindurch sind die Bergleute der Saargruben gezwungen worden, Feierschichten einzulegen, weil für ihre Produktion kein Absatz war. Im Frühjahr dieses Jahres wollte die französische Bergwerksverwaltung 3000 Bergarbeiter entlassen, um die Produktion einzuschränken. Dem entschiedenen Einspruch der Bergarbeiterverbände hiergegen und ihren weiteren Bemühungen bei den deutschen Reichsbehörden, 200 000 Tonnen Saarkohle monatlich zuzubringen, ist es zu danken, daß das Vorhaben der Arbeiterentlassungen nicht ausgeführt wurde. Im deutschen Saarrevier Feierschichten und geplante Arbeiterentlassungen, und im übrigen Deutschland eine Kohlennot, wie sie scharfer nie zuvor war. Das Ganze ist so grausam, daß man es am liebsten als wirtschaftlichen Wahnsinn bezeichnen möchte.

Wirtschaftlich unvernünftig sind auch die mit der Zwangslieferung verbundenen Kohlentransporte. Die für die Entente bestimmte und aus dem Ruhrrevier kommende Kohle wird zum Teil mit der Bahn bis Duisburg-Ruhrort zum Rhein-Unterschiffhafen gebracht, dort aus dem Waggon in die Schiffe entladen, um dann rheinabwärts über Holland weiter nach Frankreich zu schwimmen. Entgegengekehrt, also rheinaufwärts, kommen Schiffe mit englischer Kohle beladen, die in den deutschen Rheinhäfen in die Eisenbahn umgeschlagen und nach dem Innern Deutschlands zum Verbrauch weitergeführt werden, selbst oft an dieselben Stellen, von wo man die Ruhrkohle abgefahren hat. Angesichts dieser widerwärtigen Transporte, die mit ungeheuren Kosten verbunden sind, ist ernsthaft in Erwägung zu ziehen, ob es nicht besser ist, einen Teil der für Frankreich benötigten Kohle in England zu kaufen und sie ihm direkt von dort zuführen zu lassen. Dann werden nämlich Transportkosten gespart, und es braucht dementsprechend weniger englische Kohle nach Deutschland eingeführt zu werden.

Die Schwere des in Vorschlag gebrachten neuen Lieferungsprogramms gilt nicht nur für die Mengen, sondern auch für die Sorten. Die besten Kohlenarten und sodann Koks und Koksstohle werden verlangt. Für Deutschland verbleiben die geringeren Sorten. Dadurch erhöht sich der Verbrauch, so daß die volle Fehlmengenziffermäßig und gemessen an dem früheren Verbrauch nicht voll zum Ausdruck kommt. Aus allen Ueberlegungen spricht, daß nach dem eingetretenen Verlust in Oberschlesien das neue Lieferungsprogramm nicht erfüllbar ist ohne die empfindlichste Schädigung der deutschen Wirtschaft. Aus diesen Gründen hat der Reichskohlenrat, als der berufene Gutachter über die deutsche Kohlenwirtschaft, der Reichsregierung empfohlen, das vorgeschlagene neue Lieferungsprogramm nicht anzunehmen. Das kohlenwirtschaftliche Parlament war sich der Verantwortung bei seinem Ratschlag an die Reichsregierung bewußt, aber es sah keinen anderen Ausweg. Auch ist es nicht böser Wille, der zu diesem Entschluß führte, sondern die ernste Sorge um die deutsche Wirtschaft.

Wirths Bolschewistenregierung.

Die Quelle der Nachricht ist der — „Bayerische Kurier“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bricht sich schier die Zunge ab, um nachzuweisen, daß der „Berliner Lokal-Anzeiger“ doch nichts weiter getan habe, als harmlos zu referieren, was in einer anderen Zeitung stand. Die logische Konsequenz des Regierungsstandpunktes wäre, daß die deutsche Presse nicht imstande sei, über die Rede, z. B. eines Sowjetvertreters, der gegen die deutsche Regierung und Staatsform hebe, zu berichten, selbst dann nicht, wenn es nur geschehe, um gegen seine Äußerungen zu polemisieren! Demgegenüber steht fest,

Der Balkon.

Von Arthur Ellbergleit.

In diesen Tagen, da die Luft voll Klang und Gleis stimmt und die Sonne gleich einer eifrigen Händlerin ihr gelbes Geschmeide dem lachselnden Himmel wieder und immer wieder anbietet, er-macht in diesen Seelen der Wunsch, sich den Schauspielern der Farben, den Lockungen der Tüfte und dem lächelnden Konzert der Bienen, Hummeln und Grillen willig hinzugeben und als Freund von Sonn und Lu die Schönheiten der Natur auszulasten.

Aber wie viele sind durch die harte Notwendigkeit der Pflicht ans Haus gebannt, und wie wenige finden Gelegenheit, die Zauber von Wald und Au jederzeit zu genießen! Doch diese seltenen Gäste der Natur, zum Teil Städter, weilen wenigstens in Gedanken oft bei ihr, und indem sie sich einen Balkon zur Stützstätte wählen und diesen mit Laub und Blüten schmücken, träumen sie sich in seinem friedlichen, reich umrankten Begegnen in eine blühende Garten- oder Waldesherrlichkeit hinein.

Dieser Traum beglückt sie um so mehr, als sie sich hier in der Höhe der Häuserdächer dem Getimmel der Niederung und Straßen entzückt fühlen.

Und sie können, durch ihre eigenen Erfahrungen belehrt, rasch auf die Vermutung, daß vielleicht ein bejahrter Mann, der, von der Jagd nach dem Glück erschöpft, nunmehr nur noch der Betrachtung der Höhen und Tiefen den Rest seines Lebens widmen wollte, als erster den Plan faßte, einen Balkon zu bauen. Aber einmal in seiner Wissensbegierde aufgestachelt, gelangt man von dieser Erwägung unwillkürlich zu der Frage nach dem tatsächlichen Ursprung und der Herkunft des Balkons.

Das sogenannte „Klassische“ Altertum hinterließ uns keine Balkonanordnungen oder balkonähnlichen Gebilde. Die Häuser der Griechen und Römer wuchsen sich von diesen meist frei. Doch darf man kaum behaupten, daß jene damals völlig fehlten. In Zentralasien sowie überhaupt in Landschaften, wo sich Stein-schichten auf Steinschichten türmen und wo die Natur umfangreiche Barockformen für den Bau stimmungsvoller Häuser und Menschen-siedlungen anlegte, trat man im dritten bis fünften Jahrhundert nach Christus Schöpfungen mancher Meisterhand, die mit ihren starken und breiten Ausladungen bereits den Eindruck von Balkonen erweckten. Es ist jedenfalls unbefreitbar, daß diese Steinernen oder hölzernen hängenden Gärten, wie man jene wohl bezeichnen darf, erst nach Beendigung der Kreuzzüge im Abendlande allenthalben sichtbar wurden, und daß sie in ihren Formenreizen dem Ein-schlag des Orient nachstrebten. Aber sie dienten damals noch nicht dem Ruhebedürfnis ihrer Gäste, feiner süßen Gefühls-hingabe und hohen Träumerei, sie wurden vielmehr zum Schutz wider den Anprall der Feinde aus starken Quadern oder aus harten Baum-stämmen errichtet. Der kämpferische Geist des deutschen Mittel-

alters und die allgemeine Unruhe in der Welt gaben dem Bürger jener Zeit kaum die Ruhe, und Reizung zu einer ruhigen Betrachtung und zu einer andächtigen Innen- und Umschau.

Freilich, in ungewöhnlich malerischen Landschaften und Städten voll Schauerzungen und Augenbezauberungen wurde der Balkon auch als Aussichtsplatz von Schönheitsfreunden gern gewählt; besonders die zahlreichen hängenden Gärten aus Stein an den Dogen-palästen der Traumstadt Venedig schenken hier erlebten Gästen stille, reiche Freuden; bieten sie doch diesen manchen festlichen Aus-blick auf verwitterte, stehende Häuser, auf vergrämte, graue Sied-lungen am Saume des Kanals, auf bahngleiche schwarze Barken, sichburchzitterte Gondeln und auf die schwanken Schattenrisse hoher bayerer Gondoliers, deren schwermütiger Gesang das Gepolter der Wellen allerschärfst begleitete. Bei dem seltenen Witterungs-wandel in der Heimat Ariosto, Tasso und Dantes sowie bei den innigen Liebesbezeugungen, die die Sonne des Südens vorbeer, Palme, Vitander, Zypresse und den blütenstrotzenden Farnen seit jeher er-mies, konnten die Meister der italienischen Renaissance den Bau zahlreicher offener Balkone als Erholungsstätten wagen. Im Norden freilich, wo Jephth und Boreas miteinander kämpften und bald Sonnen-, bald Regen- und Stürmgötter über den Himmel zu herrschen suchten, gab die Renaissance dem geschlossenen Er-ker vor dem Balkon den Vorzug.

Dichter aller Zungen haben wieder zum Preise des Balkons ge-sungen. Doch wie berecht und eindeutig der Balkon auch immer ge-loben wurde, das herrlichste Lob empfangt er nicht von roten Dichtertippen, sondern aus buntem Blumenmunde und den süßen Duftgedichten farbenstarker Blüten. So, Buchfien und Ger-anien, die dankbarsten Gäste des Balkons, vereinigen ihre Nien-züge zu einem hochartigen, kaum hörbaren, heimlichen Preis auf seine Bracht, und die Ranken des milden Weines und dunkelgrünen Sfeus suchen sich seiner Liebe zu vergewissern und sich ihm gleich-sam ans Herz zu hängen. Und ob er nun als Kirchenschiff auf das Dombauwerk hinunterstarrt, ob er als Rednerkanzlei stolz und seiner Würde bewußt aufsteht, ob er als Ruhestätte Einfamkeitsoffener um-fängt; immer zeigt er sich als Freund und Nummer guter Berater unferer Seele; denn er lehrt uns durch seine Bauart, sich über die Niederungen des Lebens zu erheben und ins Weite zu streben, ohne jedoch den Zusammenhang mit unferer Umgebung ganz zu verlieren.

„Belangsch.“ In einem besseren Café. In einem der Tische, nicht weit von mir, ein paar eifrig disputierende Jünglinge. George-Groß-Typen, dem ersten Eindruck nach. Genauere Aufklärung macht indessen wehrselbig, daß es keineswegs Angehörige der „herrschenden Klasse“ sind, sondern mehr oder weniger gelungene Imitationen, von dem Wunsche besetzt, zur Herrenklasse gerechnet zu werden. Kleine Bankbeamte vielleicht, Warenhausverkäufer oder sonstige Lohnkletterer und Sklaven des Kapitals.

Einer hat ein Hakenkreuz in der Krawatte. Er redet ziemlich laut, im guten, alten preussischen Schnarrot. Ich glaubte öfters

das Wort „Belange“ zu hören. Merkwürdig — alle drei haben Biergläser vor sich — warum mögen sie sich über das Thema „Kaffe mit Milch“ ereifern?

Jetzt nimmt der Hakenkreuzler ein paar starke Züge aus seiner Zigarette, klappt erregt mit dem Zeigefinger auf die Wärmepfanne, und wieder höre ich das Wort. Diesmal aber klingt es nicht mehr wie Belange; ich verstehe ganz deutlich „Belangsch“.

Belangsch — Belangsch — eine Weile zerbreche ich mir den Kopf über die Bedeutung des sonderbaren Wortes. Eine Vokabel aus irgendeiner Geheimsprache vielleicht — ?

Da höre ich drüben den Schnedigen sagen: „Unsere Belangsch in Vorderkasten...“ Der Rest des Satzes wird vom allgemeinen Stimmungsgewir verflungen.

Jetzt ist mir alles klar. Der Mann spricht von „Belangen“. Armer deutscher Sprachverwirrer, wie tust du mir leid. Da haben sich nun Dugende von Oberlehrern, Geheimräten und sonstigen Weisen hingesetzt und im Schweiße ihres Angesichts eine Verbeut-lung des 17-Fremdwortes „Interessen“ ausgebrütet — und kaum ist das reizvolle Gebilde in den Sprachhohl der alldeutschen Presse übergegangen, da bemächtigt sich seiner die ahnungslose Einfalt treudeutscher Jünglinge und — spricht es französisch aus.

Es geht doch nichts über die „Bildung“. Gegen die kämpft sogar der Sprachvereinigungsstiller der mildesten Teutonen vergebens.

D. R.

Friedrich Engels über Berlin. Im Herbst 1893 machte Friedrich Engels eine Reise nach Deutschland und Osterrreich. Er verkehrte dabei auch Berlin. Wie die Stadt, die er vor mehr als vierzig Jahren zuletzt gesehen hatte, auf ihn wirkte, ist ergötzlich in einem Briefe an Victor Adler gezeichnet, der soeben in Victor Adlers Aufsätzen, Reden und Briefen, Heft 1 (Wiener Verlagsbuchhandlung), veröffentlicht wird.

Der Altsmeister des Sozialismus, der seine Frische und seinen guten Humor behalten hat, schreibt darin:

„Die einen Ringstroschen hinter den anderen“ in Berlin des Genossen Höger habe ich zwar nicht entdecken können, doch ist Berlin von außen wirklich schön, selbst in den Arbeitervierteln lauter Palastfronten. Was aber dahinter ist, davon schweigt man am besten. Das Glend der Arbeiterviertel ist allerdings überall, aber was mich bewältigt, ist das „Berliner Zimmer“, diese in der ganzen übrigen Welt unumgängliche Herberge der Finsternis, der stidischen Luft, und — des sich darin bedächtig fühlenden Berliner Philistertums. Dank! schönste! Augusts [Bebel's] Wohnung hat heins, sie ist die einzige, die mir gefällt, in jeder anderen ging ich taput.“

Beider ist das Berliner Zimmer im Kampfe mit Engels Kritik vorläufig immer noch siegreich geblieben.

Graham Bell, der Erfinder des Fernsprachers, ist am Montag gestorben. Er war in Edinburgh geboren, später nach Kanada ausgewandert, dann in Boston Professor der Physiologie der Sprachwerkzeuge geworden. Seit 1872 arbeitete er an der Erfindung des sprechenden Telephons, nachdem der Frankfurter Lehrer Philipp Reis bereits 1860/61 das erste elektrische Telephon ange-gaben hatte. Unter den Verbesserungen dieses Telephons war das Bell'sche das wichtigste und vollständigste. 1876 nahm er sein erstes Patent und bald nachher verdrängte sich sein System auch in Europa.

Das Wort „Belange“ zu hören. Merkwürdig — alle drei haben Biergläser vor sich — warum mögen sie sich über das Thema „Kaffe mit Milch“ ereifern?

Jetzt nimmt der Hakenkreuzler ein paar starke Züge aus seiner Zigarette, klappt erregt mit dem Zeigefinger auf die Wärmepfanne, und wieder höre ich das Wort. Diesmal aber klingt es nicht mehr wie Belange; ich verstehe ganz deutlich „Belangsch“.

Belangsch — Belangsch — eine Weile zerbreche ich mir den Kopf über die Bedeutung des sonderbaren Wortes. Eine Vokabel aus irgendeiner Geheimsprache vielleicht — ?

Da höre ich drüben den Schnedigen sagen: „Unsere Belangsch in Vorderkasten...“ Der Rest des Satzes wird vom allgemeinen Stimmungsgewir verflungen.

Jetzt ist mir alles klar. Der Mann spricht von „Belangen“. Armer deutscher Sprachverwirrer, wie tust du mir leid. Da haben sich nun Dugende von Oberlehrern, Geheimräten und sonstigen Weisen hingesetzt und im Schweiße ihres Angesichts eine Verbeut-lung des 17-Fremdwortes „Interessen“ ausgebrütet — und kaum ist das reizvolle Gebilde in den Sprachhohl der alldeutschen Presse übergegangen, da bemächtigt sich seiner die ahnungslose Einfalt treudeutscher Jünglinge und — spricht es französisch aus.

Es geht doch nichts über die „Bildung“. Gegen die kämpft sogar der Sprachvereinigungsstiller der mildesten Teutonen vergebens.

D. R.

Friedrich Engels über Berlin. Im Herbst 1893 machte Friedrich Engels eine Reise nach Deutschland und Osterrreich. Er verkehrte dabei auch Berlin. Wie die Stadt, die er vor mehr als vierzig Jahren zuletzt gesehen hatte, auf ihn wirkte, ist ergötzlich in einem Briefe an Victor Adler gezeichnet, der soeben in Victor Adlers Aufsätzen, Reden und Briefen, Heft 1 (Wiener Verlagsbuchhandlung), veröffentlicht wird.

Der Altsmeister des Sozialismus, der seine Frische und seinen guten Humor behalten hat, schreibt darin:

„Die einen Ringstroschen hinter den anderen“ in Berlin des Genossen Höger habe ich zwar nicht entdecken können, doch ist Berlin von außen wirklich schön, selbst in den Arbeitervierteln lauter Palastfronten. Was aber dahinter ist, davon schweigt man am besten. Das Glend der Arbeiterviertel ist allerdings überall, aber was mich bewältigt, ist das „Berliner Zimmer“, diese in der ganzen übrigen Welt unumgängliche Herberge der Finsternis, der stidischen Luft, und — des sich darin bedächtig fühlenden Berliner Philistertums. Dank! schönste! Augusts [Bebel's] Wohnung hat heins, sie ist die einzige, die mir gefällt, in jeder anderen ging ich taput.“

Beider ist das Berliner Zimmer im Kampfe mit Engels Kritik vorläufig immer noch siegreich geblieben.

Graham Bell, der Erfinder des Fernsprachers, ist am Montag gestorben. Er war in Edinburgh geboren, später nach Kanada ausgewandert, dann in Boston Professor der Physiologie der Sprachwerkzeuge geworden. Seit 1872 arbeitete er an der Erfindung des sprechenden Telephons, nachdem der Frankfurter Lehrer Philipp Reis bereits 1860/61 das erste elektrische Telephon ange-gaben hatte. Unter den Verbesserungen dieses Telephons war das Bell'sche das wichtigste und vollständigste. 1876 nahm er sein erstes Patent und bald nachher verdrängte sich sein System auch in Europa.

Das Wort „Belange“ zu hören. Merkwürdig — alle drei haben Biergläser vor sich — warum mögen sie sich über das Thema „Kaffe mit Milch“ ereifern?

Jetzt nimmt der Hakenkreuzler ein paar starke Züge aus seiner Zigarette, klappt erregt mit dem Zeigefinger auf die Wärmepfanne, und wieder höre ich das Wort. Diesmal aber klingt es nicht mehr wie Belange; ich verstehe ganz deutlich „Belangsch“.

Belangsch — Belangsch — eine Weile zerbreche ich mir den Kopf über die Bedeutung des sonderbaren Wortes. Eine Vokabel aus irgendeiner Geheimsprache vielleicht — ?

Da höre ich drüben den Schnedigen sagen: „Unsere Belangsch in Vorderkasten...“ Der Rest des Satzes wird vom allgemeinen Stimmungsgewir verflungen.

Jetzt ist mir alles klar. Der Mann spricht von „Belangen“. Armer deutscher Sprachverwirrer, wie tust du mir leid. Da haben sich nun Dugende von Oberlehrern, Geheimräten und sonstigen Weisen hingesetzt und im Schweiße ihres Angesichts eine Verbeut-lung des 17-Fremdwortes „Interessen“ ausgebrütet — und kaum ist das reizvolle Gebilde in den Sprachhohl der alldeutschen Presse übergegangen, da bemächtigt sich seiner die ahnungslose Einfalt treudeutscher Jünglinge und — spricht es französisch aus.

Es geht doch nichts über die „Bildung“. Gegen die kämpft sogar der Sprachvereinigungsstiller der mildesten Teutonen vergebens.

D. R.

Friedrich Engels über Berlin. Im Herbst 1893 machte Friedrich Engels eine Reise nach Deutschland und Osterrreich. Er verkehrte dabei auch Berlin. Wie die Stadt, die er vor mehr als vierzig Jahren zuletzt gesehen hatte, auf ihn wirkte, ist ergötzlich in einem Briefe an Victor Adler gezeichnet, der soeben in Victor Adlers Aufsätzen, Reden und Briefen, Heft 1 (Wiener Verlagsbuchhandlung), veröffentlicht wird.

Der Altsmeister des Sozialismus, der seine Frische und seinen guten Humor behalten hat, schreibt darin:

„Die einen Ringstroschen hinter den anderen“ in Berlin des Genossen Höger habe ich zwar nicht entdecken können, doch ist Berlin von außen wirklich schön, selbst in den Arbeitervierteln lauter Palastfronten. Was aber dahinter ist, davon schweigt man am besten. Das Glend der Arbeiterviertel ist allerdings überall, aber was mich bewältigt, ist das „Berliner Zimmer“, diese in der ganzen übrigen Welt unumgängliche Herberge der Finsternis, der stidischen Luft, und — des sich darin bedächtig fühlenden Berliner Philistertums. Dank! schönste! Augusts [Bebel's] Wohnung hat heins, sie ist die einzige, die mir gefällt, in jeder anderen ging ich taput.“

Beider ist das Berliner Zimmer im Kampfe mit Engels Kritik vorläufig immer noch siegreich geblieben.

Graham Bell, der Erfinder des Fernsprachers, ist am Montag gestorben. Er war in Edinburgh geboren, später nach Kanada ausgewandert, dann in Boston Professor der Physiologie der Sprachwerkzeuge geworden. Seit 1872 arbeitete er an der Erfindung des sprechenden Telephons, nachdem der Frankfurter Lehrer Philipp Reis bereits 1860/61 das erste elektrische Telephon ange-gaben hatte. Unter den Verbesserungen dieses Telephons war das Bell'sche das wichtigste und vollständigste. 1876 nahm er sein erstes Patent und bald nachher verdrängte sich sein System auch in Europa.

Das Wort „Belange“ zu hören. Merkwürdig — alle drei haben Biergläser vor sich — warum mögen sie sich über das Thema „Kaffe mit Milch“ ereifern?

Jetzt nimmt der Hakenkreuzler ein paar starke Züge aus seiner Zigarette, klappt erregt mit dem Zeigefinger auf die Wärmepfanne, und wieder höre ich das Wort. Diesmal aber klingt es nicht mehr wie Belange; ich verstehe ganz deutlich „Belangsch“.

Belangsch — Belangsch — eine Weile zerbreche ich mir den Kopf über die Bedeutung des sonderbaren Wortes. Eine Vokabel aus irgendeiner Geheimsprache vielleicht — ?

Da höre ich drüben den Schnedigen sagen: „Unsere Belangsch in Vorderkasten...“ Der Rest des Satzes wird vom allgemeinen Stimmungsgewir verflungen.

Jetzt ist mir alles klar. Der Mann spricht von „Belangen“. Armer deutscher Sprachverwirrer, wie tust du mir leid. Da haben sich nun Dugende von Oberlehrern, Geheimräten und sonstigen Weisen hingesetzt und im Schweiße ihres Angesichts eine Verbeut-lung des 17-Fremdwortes „Interessen“ ausgebrütet — und kaum ist das reizvolle Gebilde in den Sprachhohl der alldeutschen Presse übergegangen, da bemächtigt sich seiner die ahnungslose Einfalt treudeutscher Jünglinge und — spricht es französisch aus.

Es geht doch nichts über die „Bildung“. Gegen die kämpft sogar der Sprachvereinigungsstiller der mildesten Teutonen vergebens.

D. R.

Friedrich Engels über Berlin. Im Herbst 1893 machte Friedrich Engels eine Reise nach Deutschland und Osterrreich. Er verkehrte dabei auch Berlin. Wie die Stadt, die er vor mehr als vierzig Jahren zuletzt gesehen hatte, auf ihn wirkte, ist ergötzlich in einem Briefe an Victor Adler gezeichnet, der soeben in Victor Adlers Aufsätzen, Reden und Briefen, Heft 1 (Wiener Verlagsbuchhandlung), veröffentlicht wird.

Der Altsmeister des Sozialismus, der seine Frische und seinen guten Humor behalten hat, schreibt darin:

„Die einen Ringstroschen hinter den anderen“ in Berlin des Genossen Höger habe ich zwar nicht entdecken können, doch ist Berlin von außen wirklich schön, selbst in den Arbeitervierteln lauter Palastfronten. Was aber dahinter ist, davon schweigt man am besten. Das Glend der Arbeiterviertel ist allerdings überall, aber was mich bewältigt, ist das „Berliner Zimmer“, diese in der ganzen übrigen Welt unumgängliche Herberge der Finsternis, der stidischen Luft, und — des sich darin bedächtig fühlenden Berliner Philistertums. Dank! schönste! Augusts [Bebel's] Wohnung hat heins, sie ist die einzige, die mir gefällt, in jeder anderen ging ich taput.“

Beider ist das Berliner Zimmer im Kampfe mit Engels Kritik vorläufig immer noch siegreich geblieben.

Graham Bell, der Erfinder des Fernsprachers, ist am Montag gestorben. Er war in Edinburgh geboren, später nach Kanada ausgewandert, dann in Boston Professor der Physiologie der Sprachwerkzeuge geworden. Seit 1872 arbeitete er an der Erfindung des sprechenden Telephons, nachdem der Frankfurter Lehrer Philipp Reis bereits 1860/61 das erste elektrische Telephon ange-gaben hatte. Unter den Verbesserungen dieses Telephons war das Bell'sche das wichtigste und vollständigste. 1876 nahm er sein erstes Patent und bald nachher verdrängte sich sein System auch in Europa.

Das Wort „Belange“ zu hören. Merkwürdig — alle drei haben Biergläser vor sich — warum mögen sie sich über das Thema „Kaffe mit Milch“ ereifern?

Jetzt nimmt der Hakenkreuzler ein paar starke Züge aus seiner Zigarette, klappt erregt mit dem Zeigefinger auf die Wärmepfanne, und wieder höre ich das Wort. Diesmal aber klingt es nicht mehr wie Belange; ich verstehe ganz deutlich „Belangsch“.

Belangsch — Belangsch — eine Weile zerbreche ich mir den Kopf über die Bedeutung des sonderbaren Wortes. Eine Vokabel aus irgendeiner Geheimsprache vielleicht — ?

Da höre ich drüben den Schnedigen sagen: „Unsere Belangsch in Vorderkasten...“ Der Rest des Satzes wird vom allgemeinen Stimmungsgewir verflungen.

Jetzt ist mir alles klar. Der Mann spricht von „Belangen“. Armer deutscher Sprachverwirrer, wie tust du mir leid. Da haben sich nun Dugende von Oberlehrern, Geheimräten und sonstigen Weisen hingesetzt und im Schweiße ihres Angesichts eine Verbeut-lung des 17-Fremdwortes „Interessen“ ausgebrütet — und kaum ist das reizvolle Gebilde in den Sprachhohl der alldeutschen Presse übergegangen, da bemächtigt sich seiner die ahnungslose Einfalt treudeutscher Jünglinge und — spricht es französisch aus.

Es geht doch nichts über die „Bildung“. Gegen die kämpft sogar der Sprachvereinigungsstiller der mildesten Teutonen vergebens.

D. R.

Friedrich Engels über Berlin. Im Herbst 1893 machte Friedrich Engels eine Reise nach Deutschland und Osterrreich. Er verkehrte dabei auch Berlin. Wie die Stadt, die er vor mehr als vierzig Jahren zuletzt gesehen hatte, auf ihn wirkte, ist ergötzlich in einem Briefe an Victor Adler gezeichnet, der soeben in Victor Adlers Aufsätzen, Reden und Briefen, Heft 1 (Wiener Verlagsbuchhandlung), veröffentlicht wird.

Der Altsmeister des Sozialismus, der seine Frische und seinen guten Humor behalten hat, schreibt darin:

„Die einen Ringstroschen hinter den anderen“ in Berlin des Genossen Höger habe ich zwar nicht entdecken können, doch ist Berlin von außen wirklich schön, selbst in den Arbeitervierteln lauter Palastfronten. Was aber dahinter ist, davon schweigt man am besten. Das Glend der Arbeiterviertel ist allerdings überall, aber was mich bewältigt, ist das „Berliner Zimmer“, diese in der ganzen übrigen Welt unumgängliche Herberge der Finsternis, der stidischen Luft, und — des sich darin bedächtig fühlenden Berliner Philistertums. Dank! schönste! Augusts [Bebel's] Wohnung hat heins, sie ist die einzige, die mir gefällt, in jeder anderen ging ich taput.“

Beider ist das Berliner Zimmer im Kampfe mit Engels Kritik vorläufig immer noch siegreich geblieben.

Graham Bell, der Erfinder des Fernsprachers, ist am Montag gestorben. Er war in Edinburgh geboren, später nach Kanada ausgewandert, dann in Boston Professor der Physiologie der Sprachwerkzeuge geworden. Seit 1872 arbeitete er an der Erfindung des sprechenden Telephons, nachdem der Frankfurter Lehrer Philipp Reis bereits 1860/61 das erste elektrische Telephon ange-gaben hatte. Unter den Verbesserungen dieses Telephons war das Bell'sche das wichtigste und vollständigste. 1876 nahm er sein erstes Patent und bald nachher verdrängte sich sein System auch in Europa.

Das Wort „Belange“ zu hören. Merkwürdig — alle drei haben Biergläser vor sich — warum mögen sie sich über das Thema „Kaffe mit Milch“ ereifern?

Jetzt nimmt der Hakenkreuzler ein paar starke Züge aus seiner Zigarette, klappt erregt mit dem Zeigefinger auf die Wärmepfanne, und wieder höre ich das Wort. Diesmal aber klingt es nicht mehr wie Belange; ich verstehe ganz deutlich „Belangsch“.

Belangsch — Belangsch — eine Weile zerbreche ich mir den Kopf über die Bedeutung des sonderbaren Wortes. Eine Vokabel aus irgendeiner Geheimsprache vielleicht — ?

Da höre ich drüben den Schnedigen sagen: „Unsere Belangsch in Vorderkasten...“ Der Rest des Satzes wird vom allgemeinen Stimmungsgewir verflungen.

Jetzt ist mir alles klar. Der Mann spricht von „Belangen“. Armer deutscher Sprachverwirrer, wie tust du mir leid. Da haben sich nun Dugende von Oberlehrern, Geheimräten und sonstigen Weisen hingesetzt und im Schweiße ihres Angesichts eine Verbeut-lung des 17-Fremdwortes „Interessen“ ausgebrütet — und kaum ist das reizvolle Gebilde in den Sprachhohl der alldeutschen Presse übergegangen, da bemächtigt sich seiner die ahnungslose Einfalt treudeutscher Jünglinge und — spricht es französisch aus.

Es geht doch nichts über die „Bildung“. Gegen die kämpft sogar der Sprachvereinigungsstiller der mildesten Teutonen vergebens.

D. R.

Friedrich Engels über Berlin. Im Herbst 1893 machte Friedrich Engels eine Reise nach Deutschland und Osterrreich. Er verkehrte dabei auch Berlin. Wie die Stadt, die er vor mehr als vierzig Jahren zuletzt gesehen hatte, auf ihn wirkte, ist ergötzlich in einem Briefe an Victor Adler gezeichnet, der soeben in Victor Adlers Aufsätzen, Reden und Briefen, Heft 1 (Wiener Verlagsbuchhandlung), veröffentlicht wird.

Der Altsmeister des Sozialismus, der seine Frische und seinen guten Humor behalten hat, schreibt darin:

„Die einen Ringstroschen hinter den anderen“ in Berlin des Genossen Höger habe ich zwar nicht entdecken können, doch ist Berlin von außen wirklich schön, selbst in den Arbeitervierteln lauter Palastfronten. Was aber dahinter ist, davon schweigt man am besten. Das Glend der Arbeiterviertel ist allerdings überall, aber was mich bewältigt, ist das „Berliner Zimmer“, diese in der ganzen übrigen Welt unumgängliche Herberge der Finsternis, der stidischen Luft, und — des sich darin bedächtig fühlenden Berliner Philistertums. Dank! schönste! Augusts [Bebel's] Wohnung hat heins, sie ist die einzige, die mir gefällt, in jeder anderen ging ich taput.“

Beider ist das Berliner Zimmer im Kampfe mit Engels Kritik vorläufig immer noch siegreich geblieben.

Graham Bell, der Erfinder des Fernsprachers, ist am Montag gestorben. Er war in Edinburgh geboren, später nach Kanada ausgewandert, dann in Boston Professor der Physiologie der Sprachwerkzeuge geworden. Seit 1872 arbeitete er an der Erfindung des sprechenden Telephons, nachdem der Frankfurter Lehrer Philipp Reis bereits 1860/61 das erste elektrische Telephon ange-gaben hatte. Unter den Verbesserungen dieses Telephons war das Bell'sche das wichtigste und vollständigste. 1876 nahm er sein erstes Patent und bald nachher verdrängte sich sein System auch in Europa.

Jugendliche Ehegatten.

Vom Kindersküh in den Ehepantoffel. — Mit 16 Jahren verwitwet und geschieden.

Die Zeit, von der der Dichter singt: „Als ich noch im Flügelkleide“ scheint für unseren weiblichen Nachwuchs nicht mehr ganz die alte Bedeutung zu haben und der einstigen Reize verlustig gegangen zu sein.

Kinderehen.

Was soll man dazu sagen, daß im Alter von 15 bis unter 16 Jahren 92 Mädchen sich verheirateten, ja daß in diesem ausfliegenden Kindesalter sogar 2 verwitwete und 2 geschiedene Frauen gezählt werden!

Table with columns: Alter, Weiblich Gesamtzahl, Verwitwet, Geschieden, Männlich Gesamtzahl, Verwitwet, Geschieden. Rows for age groups 16 bis unter 17 Jahren, 17 u. 18 J., 18 u. 19 J., 19 u. 20 J., 20 u. 21 J.

Man sieht, die jungen Mädchen steigen viel beherzter in den Ehestand als die jungen Männer, was wohl einerseits an ihrer größeren Fröhlichkeit liegt, andererseits aber an zwingenden Gründen, die sie zur frühen Heirat drängen.

9 Ehefrauen unter 16 Jahren.

Table with columns: Alter, Weiblich Gesamtzahl, Männlich Gesamtzahl. Rows for age groups 16 bis unter 17 Jahren, 17, 18, 19, 20, 21.

Aus den bisher gemachten Mitteilungen erhellt nur entweder das Alter des jugendlichen Ehemannes oder der jugendlichen Ehefrau. In wieviel Fällen sind nun beide Teile jugendlich? Das Verhältnis ergibt sich aus folgenden Tabellen:

Im Reich 1917.

Table with columns: Alter des Mannes in Jahren von... bis..., Alter der Frau in Jahren von... bis..., 16 bis 17, 17 bis 18, 18 bis 19, 19 bis 20, 20 bis 21.

In Preußen 1914-1918.

Table with columns: Alter des Mannes in Jahren von... bis..., Alter der Frau in Jahren von... bis..., 16 bis 17, 17 bis 18, 18 bis 19, 19 bis 20, 20 bis 21.

Junge Mädchen und alte Männer.

Interessant ist schließlich auch die Beobachtung, in wieviel Fällen die ganz jungen Mädchen alte Männer geheiratet haben. Wenn wir nur Männer über 50 Jahre berücksichtigen, so haben in Preußen solche zwischen 50 und 60 Jahren 5 Mädchen zwischen 16 und 17, 9 unter 18 und 35 unter 19 Jahren geheiratet; im Reich im Jahre 1917 2 Mädchen unter 17, 5 unter 18 und 14 unter 19 Jahren.

unter 17, 8 unter 18 und 10 unter 19 Jahren; im Reich im Jahre 1917 2 Mädchen unter 17, 2 unter 18 und 6 unter 19 Jahren.

Was zum Schluß die Mädchen unter 16 Jahren anlangt, so ist der älteste ihrer Ehemänner nach der preußischen Statistik 38 bis 39 Jahre, nach der des Reichs 27 bis 28 Jahre alt.

Es geht auch so.

In einer kleinen Stadt bei Berlin wird ein Fest gefeiert, eine jener Unterbrechungen der Arbeit für den Kreis der Wohlhabenden, an deren Ausbau der Menschengeist intensive Kraft verschwendet.

Man begnügt sich auch nicht mit einem Tage, sondern nimmt gleich zwei oder drei in Anspruch — das gefüllte Portemonnaie hält ja den „Betrieb“ bis zur Erschöpfung aufrecht. Und daß die ganze Stadt — wenigstens scheinbar — an den Feiern teilnimmt, sieht man, wenn die Honoratioren unter sich sind, beweist der Fahnenstapel, der vor allem die privaten Gebäude ziert.

Und die Moral: Nur fest den Gedanken an die Republik in die Köpfe gehämmert, dann fügen sie sich. Es geht eben auch so.

Ein Schädling.

Verurteilung eines ehemaligen Stadtrates.

Unter der schweren Anklage der Bestechlichkeit hatte sich der frühere Stadtrat und Kaufmann Ernst Andree aus Weihensee vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts II zu verantworten.

Der jetzigen Anklage zufolge soll er sich in dieser amtlichen Stellung wiederholt schwere Unregelmäßigkeiten haben zu schulden kommen lassen. Die Anklage behauptet, daß er sich von einem Drogersten Anders Schnaps und Wurst schenken ließ, ferner soll er von einem gewissen Gnußke, der in Weihensee ein Grundstück erworben hatte und dieses nicht selbst bewohnen wollte, die Summe von 4000 M. erhalten haben, um „gewisse Schwierigkeiten“ aus der Welt zu schaffen.

Staatsanwalt eine Geldstrafe von 5000 M. Ueber diesen Antrag ging das Gericht weit hinaus und verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.

Das internationale Berlin.

Eine Rekordziffer des Ausländerverkehrs weist die amtliche Statistik des Berliner Fremdenverkehrs für den abgelaufenen Juli nach. Unter 128 053 hier eingetroffenen Fremden waren, nach der Feststellung der „Zentrale für den Fremdenverkehr Groß-Berlins“, 32 403 Ausländer.

Die „Geldmaschine“.

Eine neue Bande von Dollarfabrikanten ist von der Falschgeldabteilung der Reichsbank unschädlich gemacht worden. Die Gauner arbeiten in der Weise, daß sie den Inhaber einer hundertdollarnoten suchen und ihm nun erzählen, daß sie eine Erfindung gemacht hätten, die es ihnen ermöglichte, noch einer Originaldollarnote Nachbildungen herzustellen.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jungarbeiterroman von Artur Jidder.

Der Herr Pfarrer strich sich seinen Anselbart und sagte: „Seig sind die Armen, denn das Himmelreich ist ihrer, und selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen.“

Die Jungens erhoben sich und strömten aus der Sakristei ins Freie. Da rief der Pfarrer einen von ihnen zurück. Rudi Sonntag nahm die Mühe, die er eben aufs Ohr gestülpt hatte, wieder ab.

Rudi machte einen unbeholfenen Diener und ging. Draußen wartete eine Schar von sechs Jungen. Sie waren neugierig. „Was ist los?“ „Onfieder ist ein Nas.“ sagte Rudi. „Schneider will ihn nicht konfirmieren, weil er nicht kommt, wenn Gottes Wort hingelegt wird.“

„Hollo,“ rief einer. „Ich wette, dort kommen die Mohitaner.“ Eine verwegene Schar kam den Feldweg herauf. Jungens und Mädels, mit braun beschmierten Gesichtern und buntem Behang.

„Hollo Onfieder! Halte die Luft an!“ schrie Rudi und ging auf den Häuptling zu.

„Hugh,“ antwortete Onfieder und seine Zähne bligten aus dem dunkel bemalten Gesicht. „Was hat der Medizinmann gesagt? Hat er den Donner Manitous auf mein Haupt beschworen? Sprich, Gefährte meiner Pfade, es soll ihm kein Haar gekrümmt werden.“

Rudi richtete seinen Kuffrag aus. „Hat er das gesagt...“ meinte Hans nachdenklich, „ich werde es mir merken. Gehst du jetzt nach Hause — warte, ich komme mit.“

Hans sah wieder europäisch aus. Er rieb sich mit dem Handtuch ab und sagte zu Rudi, der auf dem Sofa saß: „Dreiß die Lampe an, wir wollen den Carnegie lesen. Wir sind kaum in der Hälfte des Buches, bald ist Schulentlassung, und du weißt doch, wir wollen Millionäre werden.“

Rudi räkelte sich auf dem Sofa: „Nö, mir ist gerade so stimmungsvoll. Mit dem Carnegie warten wir noch ein Weilchen und das Millionärwerden hat auch Zeit. Horch mal, die Luftschaukel!“

„Das klappt ja. Ich habe noch zehn. Auf, laß uns das verprassen!“ Sie stürmten die Treppe hinunter, vier Stufen auf einmal.

Als die Marken alle waren, lösten Hans und Rudi zeitweilig den alten Schaaß, dem die Luftschaukel gehörte, an der Drehorgel ab und ergatterten sich damit Freifahrten, bis ein gewaltiger Appetit sie nach Hause trieb.

Sie hatten eine Reihe Gelegenheiten erfaßt, Geld zu verdienen, die ihnen nicht nur gestatteten, ihren Müttern zuweilen

unter die Arme zu greifen, sondern ihnen auch die Möglichkeit gaben, sich kleine Vergnügungen zu verschaffen, ohne die ihnen das Leben so langweilig gewesen wäre. So besorgten sie in den Nachmittagsstunden Botengänge, die sie mit einer Geschwindigkeit erledigten, welche bei ihren Auftraggebern hoch geschätzt wurde.

Am Sonnabendnachmittag um drei Uhr traf sich die Fußballbande auf dem Egerzylinderplatz. Mit Ziegelsteinen wurden die Tore markiert, eine bereits arg ramponierte „Aume“, wie der Fußball genannt wurde, blies man mit vereinter Lungenkraft prall auf und rempelte dann drei Stunden lang mit Feuereifer ein Goal nach dem anderen, wenn die arme Aume nicht vorzeitig ihre getretene Gummiseele aushauchte.

Büntlich um sechs Uhr wurde das Wettspiel abgebrochen. Badehofen wurden aus den Taschen geklaubt, und alles tief zum „Germaniabad“. Das war ein großes Schwimmbassin der Vorstadt und an diesem Tage um diese Zeit so überfüllt, daß die nackten Leiber nur so durcheinander quaddelten.

Man drängte sich unter den Duschern, die, sechs an der Zahl, Wasserströme verschiedener Wärmegrade niederstrahlten, und stürzte sich dann von den Wippen herab in das kühle Bassinwasser, wo es am tiefsten war. Sich in der Abteilung für Nichtschwimmer zu ergehen, galt als verächtlich und eines ausgepöhten Vorstadtjungen unwürdig — lieber einmal beinahe erlaufen! Nur die Dreimeterwippe galt als standesgemäß, trotzdem oder gerade weil sie ihre Lücken hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Oesterreichische Finanznot.

Der oesterreichische Nationalrat ist in die Sommerferien gegangen, nachdem er in wochenlangen Beratungen den Finanzplan der Regierung fertiggestellt hat. Als die Regierung Seipel am 30. Mai gewählt wurde, hatte sie von einem Finanzplan noch keine Ahnung. In seiner ersten Rede wußte der Bundeskanzler über die Rettung Oesterreichs nichts als die allgemeinsten Phrasen vorzubringen. Klar war ihm wohl nur das eine, daß er das sozialdemokratische Finanzprogramm, das am 1. Oktober v. J. veröffentlicht worden war und das in der Erfassung der Sachwerte in der Form der Anforderungen der ausländischen Valuta, der Zwangshypothek auf den agrarischen Besitz und in der Aufhebung von Gratisaktien auf die Aktiengesellschaften gipfelte, ablehnen müsse. So hatte der Herr Prälat gleich vom ersten Augenblick an das ganze Bürgertum für sich, das sich von ihm den schärfsten Kampf gegen die Arbeiterischafft versprach. So kam der 12. Juni und in tollem Wirbel trieb die Börse die fremden Valuten auf eine noch nicht dagewesene Höhe. Die Regierung war ratlos und berief die Parteiführer zu sich, um von ihnen einen Rat zu erhalten. Die sozialdemokratischen Parteiführer verwiesen auf ihr altes Finanzprogramm und verlangten vor allem die Anforderung der Valuten. Dazu konnte sich die Regierung nicht entschließen, wohl aber lud sie die Direktoren der großen Banken zu einer Sitzung ein und bewog sie dazu, sich bereit zu erklären, einen Teil der von ihnen in geschwinder Weise angesammelten Valuten zur Gründung einer Notenbank zur Verfügung zu stellen, oder richtiger, es zu versprechen, denn von den 100 Millionen französischen Franken, die die Regierung für diese Notenbank für notwendig hielt, um die 400 Milliarden Kronen des oesterreichischen Banknotenlaufes voll zu bedecken, haben die Banken bis jetzt nur einen kleinen Teil wirklich zur Verfügung gestellt. Immerhin hat schon die Ankündigung der neuen Notenbank die Valutahauffe eingedämmt und bis zum 16. Juni war die tschechische Krone auf 269 Kronen gefallen. Als aber die Kapitalisten sahen, daß sie von der Regierung nichts weiter zu befürchten hatten, stiegen die Valuten rasch wieder in die Höhe, und als die Regierung am 21. Juni ihr ganzes Finanzprogramm vorlegte, stand die tschechische Krone wieder auf 365, und seither ist sie ununterbrochen gestiegen, bis sie am 17. Juli den Stand von 839 Kronen erreichte. Erst als an diesem Tage das Verbot des freien Handels mit Valuten und Devisen veröffentlicht wurde, fiel sie einige Tage lang bis nahezu auf 700, und seitdem der Finanzplan in Beratung stand und die bürgerlichen Parteien alle sozialdemokratischen Verbesserungsanträge mit einer Entschiedenheit, die einer besseren Sache würdig wäre, ablehnten, steigen die Valuten wieder langsam.

Wie die Gründung der Notenbank, die am Anfang des Finanzplanes stand, eine Halbheit war, so ist auch der ganze Finanzplan eine Halbheit. Vor einem Vorgehen gegen das Kapital schreckt die Regierung zurück und was sie an Maßregeln gegen die Besitzenden ankündigt, wurde gleich im nächsten Augenblick so verwässert, daß es weder dem Kapital wehe tut, noch auch das Defizit des Staates beseitigt. Von den drei Forderungen der Sozialdemokratie hat die Regierung die erste in der Weise unwirksam gemacht, daß sie, statt die Valuten anzufordern, einen kleinen Teil davon von den Banken erbettelte. Die Anforderung der Gratisaktien von den Aktiengesellschaften lehnte die Regierung ab — sie mochte es sich mit dem Großkapital, mit dem sie sich eben erst befreundet hatte, nicht verderben —, aber sie tat sich sehr viel darauf zugute, daß sie wenigstens die Zwangshypothek der Agrarier in ihr Programm aufnahm. Aber als die Agrarier offen rebellierten, verwarf sie auch diese Maßregel, so daß die Hypothek nicht mehr als etwa 7 Proz. des Wertes betragen sollte, wozu noch eine Zwangsanleihe bei der Aktiengesellschaft in der Höhe von 7 Proz. des Kurswertes der Aktien kommt. Diese ganze innere Anleihe — die von den Agrariern und die

von den Aktiengesellschaften ist mit 400 Milliarden Kronen bemessen. Als aber die Krone immer weiter fiel, war es klar, daß mit diesen 400 Milliarden das bäuerliche und das Finanzkapital weniger belastet war, als es ursprünglich geplant war; die Sozialdemokratie beantragte also, daß man die Zwangsanleihe valorisieren, d. h. in Goldkronen bemessen solle, aber das wurde von der Regierung und von den bürgerlichen Parteien wieder abgelehnt.

Um so größere Energie wollten die bürgerlichen Parteien und ihre Regierung aufbringen, um die andere Hälfte der Lasten, die das Defizit verringern sollten, hereinzubringen: nämlich die neuen Steuern und Zölle und die Tarifierhöhungen bei Eisenbahn, Post, Telegraph und Tabakregie. Wohl hat der Nationalrat hier der Regierung brave Gefolgschaft geleistet, aber es ist den Sozialdemokraten gelungen, wesentliche Herabsetzungen der Zölle auf Kaffee, Zucker, Petroleum durchzusetzen; die Warenumsatzsteuer, die die Regierung einführen wollte, mußte ganz fallen gelassen werden. Auch dem Plane des Beamtenabbaues wurden die Zähne ausgebrochen, indem die Sozialdemokratie und die Beamtenorganisationen erreichten, daß der zwangsweise Abbau nur im Einvernehmen mit den Vertrauensmännern der Beamten erfolgen dürfe.

Der Finanzplan soll dem Staate eine Billion Kronen bringen: 400 Milliarden die innere Anleihe, 200 bis 300 Milliarden die neuen Steuern und ebensoviele die Tarifierhöhungen. Das hätte vor zwei Monaten genügt, das Defizit zu beseitigen. Durch die Ablehnung der Valorisierung ist es ungenügend geworden. Wenn sich die Regierung aber versprochen hat, mit diesen Maßnahmen Oesterreich lebensfähig zu machen, so kann man voraussetzen, daß dazu der Finanzplan ungeeignet wäre, selbst wenn er besser wäre als er ist. Wie sollte auch ein Staat lebensfähig sein, der um 1759 Millionen Goldkronen jährlich Waren einführt, wovon 740 Millionen allein für Lebensmittel und bloß um 969 Millionen Goldkronen ausführt, dessen Handelsbilanz also um 800 Millionen Goldkronen passiv ist?

Verbandstag der Lithographen.

Rürnberg, den 1. August 1922.
Heute wurde zunächst die Debatte über den Geschäftsbericht zu Ende geführt. Sie trug zum Teil wieder rein politischen Charakter. Einen Entrüstungsturm der kommunistischen Delegierten entsetzte es, als der Vertreter des ADGB, Hermann Müller, in sehr temperamentvollen Ausführungen sich gegen die von Moskau beeinflusste kommunistische Richtung in den Gewerkschaften wandte, die er als gemeingefährliches Element in der Arbeiterischafft bezeichnete. Gegenüber den Erklärungen der kommunistischen Delegierten, sie seien hier nicht als Parteileute, sondern als Gewerkschafter, die im geistigen Ringen ihre Auffassungen zur Anerkennung zu bringen bestrebt seien, betonte Genosse Müller, er werde Gelegenheit nehmen, in der nächsten Nummer des „Korrespondenzblattes“ des ADGB seine Behauptung ausführlich zu begründen, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften auf Grund der Beschlüsse der roten Gewerkschaftszentrale gar nicht anders könnten, als gewerkschaftstreu zu wirken.

Die von Haß gestern kritisierten maßlosen Angriffe auf den Verbandsvorstand aus den Kreisen der Mitgliederschaften werden von den Delegierten aus den betreffenden Zählstellen als Entgeißelung einzelner Kollegen ebenfalls scharf verurteilt. — Als Erklärung für den von Haß gerügten Mangel an geistiger Regsamkeit in den Kollegienkreisen verwies man auf die Überlastung aller Funktionäre durch die sich überfüllenden Lohnbewegungen, die ihnen keine Zeit mehr lasse, zu großen Problemen Stellung zu nehmen und die nötige geistige Klärensarbeit zu betreiben. Auch seien durch die fortschreitende Demokratisierung der Verwaltung viele fähige Köpfe der Gewerkschaftsbewegung entzogen. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Zur Frage des Graphischen Einheitsverbandes hielt das Referat der 2. Verbandsvorsitzende Herbst. Um von den Deklamationen für den Graphischen Industrieverband endlich zur Tat zu kommen, empfiehlt der Redner die Annahme folgender Resolution:

Der Verbandstag erneuert seine Beschlüsse über die Notwendigkeit eines Industrieverbandes für die papiererarbeitende Industrie und beauftragt den Verbandsvorstand als Vorarbeit

1. erneute Anstrengungen zur Herbeiführung reichsarbeitslicher Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Stein-druckereibeschäftigten zu unternehmen und
2. die bestehenden Reichstarife zu vereinen.

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Buchdrucker wird ersucht, in Bezug des ihm gegebenen Auftrags seines Verbandstages die bisherige Form der Organisation aufzugeben und dafür die Organisationsform der übrigen Verbände des graphischen Gewerbes in Vorschlag zu bringen.

Den Verbänden der Buchbinder und Hilfsarbeiter wird die Regelung des Beitrages nach einheitlichen Gesichtspunkten empfohlen.

Der Verbandsvorstand erhält Vollmacht, unsere inneren Einrichtungen, Bauentwürfe usw. zu verändern, wenn deren Aufrechterhaltung der Weisungsgleichheit der graphischen Verbände hinderlich sein sollte. Zur Mitwirkung hierbei ist die Gauleiterkonferenz berufen.

Der Verbandstag ist bereit, bis zum vollständigen Zusammenschluß der vier graphischen Verbände als Uebergangsmassnahme die gewerkschaftlichen Bestrebungen in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenzusetzen, hierfür bestimmte Beitragstarife abzuführen und ladet die anderen graphischen Verbände ein, diesem Beschluß beizutreten. — Die Führung übernimmt der Graphische Bund durch eine aus je zwei Vorstandsmitgliedern der beteiligten Verbände gebildete Körperschaft, an deren Spitze ein besolterter Vorsitzender steht.

Diese Körperschaft führt durch die ihr angehörenden Vertreter der Verbände alle Tarifverhandlungen nach einheitlichen Gesichtspunkten. Die bisherige Art der Vorkonferenz der Verbandsvorstände kann beibehalten, muß aber vereinfacht werden.

Die Entscheidung über Streiks und deren Finanzierung liegt auf Antrag der Verbandsvorstände bei dieser Körperschaft des Graphischen Bundes.

In der Debatte erklärten sich alle Redner für diese Resolution. Haueisen vom Buchbinderverband hielt den Weg der Urabstimmung, den auch sein Verband beschlossen habe, für den gangbarsten. Sieh teilte mit, daß auch die Buchdrucker auf ihrem Verbandstag Urabstimmung beschlossen hätten und empfahl, den zweiten Teil des Antrags, dessen Bewirkung bei den Buchdruckern auf Schwierigkeiten stoßen werde, nicht anzunehmen, sondern dem schon bestehenden Graphischen Bund zur allmählichen Durchführung zu überweisen und im übrigen für ein möglichst einheitliches Arbeiten in den Graphischen Kartellen und für deren Ausbreitung zu wirken. Dem schloß sich der Sekretär des Graphischen Bundes an. Am meisten ablehnend gegen die Möglichkeit einer baldigen Herbeiführung des Graphischen Industrieverbandes äußerte sich der Vorsitzende des Hilfsarbeiterverbandes, Bucher, im Hinblick auf die ganz anders geartete Vorbildung und Psyche der Hilfsarbeiter. — In seinem Schlusswort erwiderte Herbst den Vertretern der anderen Verbände, daß der positive Vorschlag der Lithographen ja auch der Urabstimmung der anderen Verbände als Coentvalantrag unterbreitet werden könne. Der Verbandstag stimmte hierauf der Resolution Herbst zu und erklärte sich im übrigen im Prinzip für das von den graphischen Verbandsvorständen vorgelegte Einheitsstatut.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Karatlonländer Wapessa befindet sich auf einem Weltlauf durch Deutschland und kommt am 3. August nachmittags durch Berlin. Wapessa soll einen Riesen-Steinbeger-Krug der Wittenberg-Steinbeger-Brewererei, Steinbeger.

Briefkasten der Redaktion.

Bestimmte Anträge werden nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge sage man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Stille Anfragen tragen man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 1, 1. Hof part. links, vor. Schriftsätze und Verträge sind mitzubringen.
H. H. 1. Berlin Arbeiterpresse: Vorsitzender Edwin Barth, SS. 47, Arenbergstr. 14. 2. Vertreter der Berufsinteressen, 3. 26. — H. H. 1. So handelt sich um die Wohnungsbaugesellschaft; sie beträgt 50 Tausend, und ist in vierteljährlichen Raten zu entrichten. — O. 2. Die ererbten Forderungen sind zu fordern. — Recht 1. In einem Klagsverfahren ist der Antrag auf die gerichtliche Bestimmung, 3. Das Gericht muß Ihnen auf Ihren Antrag einen Rechtsanwalt bezeichnen. Klagsinstanz ist der Vorstand der Anwaltskammer. — E. 24. Die Geschäftsstelle befindet sich in Weimar, Schwanenstraße 4. — H. H. 20. 1. Sie haben Anspruch auf hundertfachen Unterhalt. Falls die Zahlung der Unterhaltsrente verweigert werden sollte, müssen Sie den Klagegegner bestrafen. 2. Am 6. April 1921 in Friedrichshagen.

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater. Opern-Gastsp. Tägl. 7 1/2 Uhr.

Die beiden Nachtigallen. Deutsch. Theater. 7 1/2. Der Raub der Sablierinnen. Fig. 7 1/2. Der Raub d. Sablierinnen.

Kammerspiele. 8. Die ewig lächelnde Frau — Talmars Tod. Fig. 8. Die ewig lächelnde Frau — Talmars Tod.

Gr. Schauspiel. (Karlstraße) 7 1/2. Die Maschinenaströmmer. Fig. 7 1/2. Die Maschinenaströmmer.

Theater I. d. Königgrätz. Str. 8. D. wunderl. Geschichten des Kapellm. Kreisler.

Komödienhaus. 8 U. „Gretchen“

Berliner Th. 7 1/2. Madame Pflir

Residenz-Th. Täglich 8 Uhr.

Fedora. Tilla Durieux Waldem. Staegemann

Berliner Prater-Theater. Kastanienallee 7-9 Heute, Donnerstag. Großer Volkskonzert. Theater u. Spezialitäten. U. a. Die Prinzessin v. Hrii. Operette in 3 Akten. Beginn 5 Uhr.

Theater des Ostens (Rosa-Theater) 5 Uhr: Konzert 7 1/2 U.: So leben wir

Urania 8 Uhr: Die malerische Mark

Casino-Theater Eröffnung! August Löwelmanna's Bummelfahrt

Komische 7 1/4 Oper 7 1/4 Der Meister vom Montmartre Offenbachs Liebesleb.

Theat. a. Kottbus. Tor Moritzplatz 16077 Jeden Abend 7 1/2 U.

ELITE-Sänger Gänzlich neues Programm Volkspreis! Vorvkl. 11-12 u. 4-6

Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die Bajadere

Schiller-Th. Charl. 8 U.: Die kl. Sönderin Von Jean Gilbert

Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Prinz Don Juan Th. a. Nollendorpl. 7 1/2 Uhr: Verliebte Leute

Theater d. Westens 7 1/2 U.: Die heimliche Braut Operette in 3 Akten

Theater in d. Romanstr. Th. Freitag: Eröffnung d. Sommerspielzeit Liebe und Trompetenblasen

Trianon - Th. Täglich 8 Uhr: Eine Frau ohne Bedeutung Adele Sandrock Luise Werkmeister

Reichshallen-Th. Tägl. 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger

Dünhoff Brettl! 487 7 1/2

Zelt I. Täglich ab 6 Uhr

Das große Varieté-Programm Nachm. 3-6 Uhr Sonntag mittag 11 bis 2 Uhr

Milliart freilkonzerte ausgeführt von den Kapellen d. Reichshallen

Behrensstr. 2 7 1/2 Uhr: Carl Bolesko in der „Theateragentur“

Ramshaw-Troupe Heinz. Kobilbrandt 3 Sellous Willy Agoston 2 Bollingers Lo Fleuron Canova Ilonka Szartory Ernst Riedel

Winneparten Varieté-Spielplan

Krause Pianos zur Miete Ansbacher Str. 1, Ecke Karl-Liebknechtstr.

Kleide dich billig, elegant Nur bei **Garderoben-Franck** Neukölln, Böhmische Str. 47 1 Min. v. Hauptbahnhof

Neue Welt Arnold Scholz, Hasenheide 108/114

Münchener KELLERFEST (Bei jeder Witterung) Oberbayern, Drehstuhl, Tanzmusik, Pariser, Jazz-Band

100 bayerische Maß und **5 Kapellen**

Riesen - Flöten- und Schlächen - Feuerwerk von dem Prof. Dr. L. Heiland. Außerdem: Ball.

Quacksilber zu einem hohen Preise Metallkauf u. -Schmelze Breitenw. 30, Ecke Tarnitz. Telefon: Wobbit 302. — C. Schmidt

Zahngebisse auch zerbrechens **Platin-, Gold-, Silber- und** verfert. Sie am vorteilhaft. u. Selbstverbr. Wir zahlen Ihnen die höchst. Preise **Cobaltchromium I. Zahnerfabrik** Berlin-Neukölln, 1. Min. v. Hauptbhf.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet! Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preisen einzig dastehende **Trauringe**

— 1 Ring, Dukalgold, von 550,— an
— 1 Ring, 585 gestempelt, von 400,— an
— 1 Ring, 333 gestempelt, von 300,— an
Garantieschein für gesetzliches Goldinhalt.

ges. geschützt. Ausführlicher Katalog nach ersucht geg. Rückporto.

H. Wiese, Juwelier Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12 3 Min. v. Bahn, Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl. Nähe Zoo. Telefon: Norden 1630. Heroldsbergisch einzetragene Firma.

Telegr.-Adr.: Trauringenone Berlin

Am 20. Juli verlor ich plötzlich und unerwartet in Bad Ems (Bayeren) unser verehrtes Ehef. der Ledermacherei **Georg Hoelt**

Uns allen ein Vorbild treuester Pflichterfüllung, erwarb er sich durch sein glühendes Wesen sowie seine liebevollste Anteilnahme an der Arbeit seiner Angehörigen. Als die unter seiner Leitung arbeiteten, werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Das Personal der Firma Fürst & Hoelt.

Amerikaner zeigt Euren Patriotismus und benutzt die amerikanischen Regierungsdampfer der United States Lines zu Eurer Rückkehr und Sie werden finden, dass Sie keine bessere Wahl hätten treffen können.

Erfahrene Reisende urteilen, dass die vorzügliche Einrichtung der Zimmer, die Gelegenheit zur Erholung und die glänzende Küche unübertroffen sind.

Verlangen Sie von untenstehender Adresse Segellisten und Schiffspläne.

UNITED STATES LINES BERLIN W 8, Unter den Linden 1 und alle bedeutenden Reisebüros

General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen

Zur Silberhochzeit dem Gesefften **Carl Lange und Gattin** die herzlichsten Glückwünsche. **Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Verw. Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Feilen-Schleifer **Otto Kluge** (Eleganzschneiderei) am 20. Juli gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 4. August, nach 3 Uhr, von der Reichshalle des Gemeinde-Friedhofes in Reuthöfen, Mariendorf, Weg. aus Nat. Ferner hat am 1. d. M. der Schloffer **Oskar Pletzold** (Reidenberger Straße 16) die Einäscherung findet am Samstag, den 3. August, nach 3 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Reichenhagen, statt.

Gute ihrem Andenken! Angehörige ersuchen! Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin N 54, Unter den Linden 83/85. Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Achtung! Funktionäre. Achtung! Donnerstag, 3. August, nachm. 5 Uhr, in der **Deutscher Friedrichshagen**

Berfammlung aller Funktionäre aus den Bezirken, welche dem Verband Berliner Metallarbeiter angehören sind und Mitglieder einer zum Metallarbeit. gehörenden Organisation sind.

Tagungsordnung: Bericht über die Verhandlungen mit dem **ADGB**. Austritt haben nur Redigenten und Kollegen, welche sich durch ihr Mitgliedsbuch und der mit dem **ADGB** verlebten Funktionäre ausweisen können.

Das Metallfest. 3. U. Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Achtung! Funktionäre. Achtung! Donnerstag, 3. August, nachm. 5 Uhr, in der **Deutscher Friedrichshagen, Anhalterstr. 21**

Gemeinsame Berfammlung der Funktionäre, die nicht in den Bezirken des Verbandes Berliner Metallarbeiter beschäftigt sind.

Tagungsordnung: Bericht über die Verhandlungen mit dem **ADGB**. Austritt nur gegen Vorweisung der Funktionäre und des Mitgliedsbuches. Die Ortsverwaltung.

Der Staatsgerichtshof.

Die ernannten Richter lassen sich Zeit.

Berlin, 2. August. (M.B.) Unter der Ueberschrift „Die Sobotage am Staatsgerichtshof beginnt“ druckt die „Kölnische Volkszeitung“ heute abend eine Meldung des „Leipziger Tagesbl.“ ab, wonach die für den 10. August vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik angelegten Verhandlungen nicht stattfinden werden. Das Leipziger Blatt behauptet, die Verzögerung sei dadurch verursacht, daß aus Rücksicht auf Bayern möglicherweise in der Zusammensetzung des Staatsgerichtshofs noch eine Aenderung eintreten werde. Diese Behauptung entbehrt, wie wir hören, jeder Begründung. Die Verzögerung des Zusammentritts des Staatsgerichtshofs erklärt sich vielmehr dadurch, daß noch nicht alle Antworten der Verfassungskommission vorliegen, an die sich die Regierung mit der Bitte um Uebernahme eines Richterpostens am Staatsgerichtshof gewandt hat.

Nochmals — „Post und Mörderfahndung.“

In einem Dementi verwarft sich die Postverwaltung gegen den ihr gemachten Vorwurf, durch ihr Verhalten bei der Nachforschung nach einem von Berlin aus mit Küchenmeister in Freiburg geführten Ferngespräch die Fahndung nach den Reichsauwärtlern erschwert zu haben. Sie sagt, daß die Oberpostdirektion Berlin nach dem Ersuchen durch den Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jäger sofort die Anordnung zur Nachforschung nach dem Schützlingsteil gegeben habe. Es habe aber nicht ermittelt werden können, ob, bevor Dr. Jäger an die Oberpostdirektion herantrat, ein Polizeibeamter sich an eine nicht zuständige Postdienststelle gewandt hat und dort abgewiesen worden sei.

Hierzu bemerken wir, daß wir gar nicht behauptet haben, daß die Post auch nach dem Eingreifen der Staatsanwaltschaft Schmierigkeiten gemacht hat. Wir sagten, und das entspricht den Tatsachen, daß den Polizeibeamten, die auf frischer Fährte sich wegen Feststellung jenes Gesprächs mit Küchenmeister an das zuständige Fernsprechkabinett und an die Oberpostdirektion — nicht an eine nicht zuständige Postdienststelle, wie das Dementi meint — wandten, von beiden Stellen die Tür gewiesen wurde. Darauf kommt es an! Ferner ist es Tatsache, daß die schließlich von der Oberpostdirektion angeordneten Nachforschungen nach dem Schützlingsteil, der übrigens, wie verteuert, wirklich nicht aufzufinden ist, nicht mehr bei dem Fernsprechkabinett, sondern bei der Gebäuderegistrationsstelle erfolgte, wozu die Zeit von den Fernsprechkabinett nach einigen Tagen eingeholt werden. Hieraus geht unabweislich hervor, daß durch das unverständliche, so man möchte in diesem Fall sagen, geradezu feindselige Verhalten der Post gegenüber den Organen, die nach den Rüdern Reichenausfahndeten, kostbare Tage verloren gegangen sind. Das Dementi der Post ist also vollkommen verfehlt — und die einschlägigend abmahnende Wirkung auf die bekannte nicht mehr zu ermittelnde „nicht zuständige Postdienststelle“ mag vielleicht als glückliche und sehr geistreich erscheinende, uns aber ergibt sich daraus nur eine Befestigung der Feststellung, daß die höheren Organe der Post wieder einmal verfaßt haben, weil es sich um den Schutz der Republik handelte.

Arbeitsgemeinschaft republikanischer Studierender an den Münchener Hochschulen. Im Anschluß an die Kundgebungen der republikanischen Studierenden hat sich in München eine Arbeitsgemeinschaft republikanischer Studierender an den Münchener Hochschulen gebildet. Die Arbeitsgemeinschaft macht es sich zur Aufgabe, die republikanisch gesinnten Studenten zu sammeln und bei allen sie interessierenden Fragen geschäftlich vorzugehen. Sie ist an den Studentendienst des republikanischen Reichsbundes angeschlossen.

Hellklotterbol. Der Oberpräsident der Provinz Hannover hat das in Bergen bei Celle erscheinende Monatsblatt „Der Kämpfer für ehrliche Arbeit und deutsches Wesen gegen Wucher und Fremdherrschaft“ auf fünf Monate verboten, weil in dem Artikel „Zum Kadava um Rathenau“ eine strafbare Verleumdung oder öffentliche Beschimpfung eines toten Opfers einer Gewalttat gegen ein Mitglied der jetzigen Reichsregierung enthalten ist.

Es war zuerst Sender und Empfänger in einem und enthielt auch die Elektrizitätsquelle in sich.

Die rasche, ungekannte Entwicklung, die inzwischen das Fernsprechwesen genommen hat, verleiht der Erfindung, die wie alle natürlich auf der Arbeit dieser beruht und einem dringenden Bedürfnis des mit dem Zeitgeist immer rationeller umgehenden Zeitalters entgegenkam, ungeheure Bedeutung. Der heutigen Generation ist eine Zeit ohne Telephon fast schon unvorstellbar. Graham Bell wie Reis lebten nur noch in den Lehrbüchern fort. Durch den Tod des Bostoner Professors wurden wir erst wieder daran erinnert, wie jung das Telephon eigentlich noch ist.

Wie die Mundhöhle sich gegen Bakterien schützt. Die Mundhöhle mit ihrem verhältnismäßig großen Raum und ihren vielen Falten, die durch die Aufnahme der Speisen usw. so viele Stoffe dem Körper zuführt, ist zweifellos dem Eindringen zahlloser Keime ausgesetzt, die den Körper schädigen können. Aber wie die Nase und die Luftröhre besitzt auch sie vorzügliche Schutzmittel, die mit den gefährlichen Eindringlingen vorerficht fertig werden. Wie aus Grund der Forschungen des Amerikaners Bloomfield in der „München“ mitgeteilt wird, vermag die Mundhöhle Bakterien und Staubkörnchen in kurzer Zeit zu entfernen. So werden z. B. Kohleteilchen in 15–30 Minuten aus dem Munde herausgebracht, und zwar geschieht dies durch die Speichersäfte, die durch die Rinselanordnung um die Mundhöhle herozugelassen werden. Die Rinsenanordnungen liegen so geschickt, daß alles, was bei ihnen vorbeigeht, unter normalen Verhältnissen mit ihnen gar nicht in Berührung kommt. Die beschriebene Anordnung, daß die Mandeln am Eingang des Röhrenschlauches gefährliche Bakterien auslesen und zerstören, wird durch die neuen Befunde widerlegt, denn es bleibt z. B. von Holzbleiteilchen, die verschluckt werden, auch nicht das Geringste auf den Mandeln zurück. Geraten irgendwelche Bakterien auf die Oberfläche der Mandeln, so bleiben sie dort ebenso wie in den Mundfalten so lange, bis die Reinigungsflüsse der Mundhöhle sie fortspülen. Die gewöhnlichen Bakterien der Mundflora können im Speichel gedeihen, aber gefährliche Bakterien, wie z. B. Infanzja-Bakterien, werden im frischen Speichel nicht kultiviert. Bakterien, die in großen Mengen in die Mundhöhle eingeführt werden, verschwinden auf demselben Wege wie die Kohleteilchen, und zwar nach rückwärts; sie werden auch fortgespült, wenn sie sich an einer verletzten Stelle des Mundes anheften. Schädliche Keime können sich infolge der Wirkung dieser Reinigungsflüsse in der Mundhöhle nicht ausbreiten. Da sie nach rückwärts weggeschwemmt werden, so wird auch die Gefahr der Anheftung vermindert. Die Bakterien, die vom Speichel aus dem Bereich der Mundhöhle weggeschwemmt sind, werden dann vom Regenfall und dem Darmkanal zerstört.

Zum Rektor der Berliner Universität wurde für das kommende Schuljahr der Anatomische Professor Arthur Doffer gewählt. Die Rektoratsübergabe erfolgt am 24. Oktober.

Archivisten in Berlin. Der russische Bildhauer Archibentis übernahm vom 1. September an den Unterricht in Plastik und Relief an der Kunstschule.

Die nächste Frankfurter Kunstmesse wird im Rahmen der siebensten Frankfurter Internationalen Messe (8. bis 14. Oktober) vom 24. September bis 15. Oktober stattfinden. Unter der Schirmherrschaft des Kunsthandels wird diesmal eine Ausstellung bildhauender Kunstwerke gezeigt werden.

Die Verfassungsfeier.

Ueber das Programm der Verfassungsfeier erzählt die „Denkmal“ folgende Einzelheiten: Die amtliche Feier aller Behörden Berlins beginnt mittags 12 Uhr im großen Saale des Reichstages. Außer dem Reichspräsidenten werden der Feier beizuhören sämtliche Reichs- und preussische Minister, die Gesandten der Länder, die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden in Berlin, die Parlamentsmitglieder der verfassungstreuen Parteien und Vertreter zahlreicher Organisationen. Wie verlautet, wird die Reichsregierung täglich von Behörden und Organisationen ersucht, Vertreter zu der Feier entsenden zu dürfen. Die Festrede wird der badische Staatspräsident Dr. Hummel halten, der musikalische Teil der Feier untersteht der Leitung des Generalmusikdirektors Biesch. Vor dem Reichstag wird eine gemischte Ehrenkompagnie der Reichswehr Aufstellung nehmen, deren Front der Reichspräsident abschreiten wird. Die Kapelle der Reichswehr wird während

Verfassungsfeier.

Am 11. August findet zur Feier des Tages, an dem in Weimar die Reichsverfassung angenommen wurde, eine große Veranstaltung

unserer Partei im Zirkus Busch statt. Massenhörere werden die Feier einleiten und beschließen. Unsere Parteigenossen, die Mitglieder der Regierung sind, werden zu den Versammelten sprechen. Unter anderen haben bisher zugehört Bischof Bauer, Reichsminister des Innern Köster, Reichsjustizminister Radbruch, Reichswirtschaftsminister Schmidt, Preussischer Minister des Innern Severing. Weiter sind künstlerische Darbietungen vorgesehen.

Angelehnt des Ansturms der reaktionären Mörderflut, angelehnt der dreifachen Verhöhnung des Reiches durch bestimmte bayerische Kreise, muß diese Feier zu einem Bekenntnis für die Republik und Reichsverfassung, für die Demokratie und den Sozialismus werden. Im besonderen soll aber auch für Berlin die Stärke und Willenskraft unserer Partei zum Ausdruck kommen.

Die Feier beginnt abends pünktlich 7 Uhr. Zur Dedung der Ankosten werden Eintrittskarten zum Preise von 2 M. ausgegeben, die bei allen Abteilungsleiterern zu haben sind. Freunde und Anhänger der SPD. können an der Feier teilnehmen.

Genossen! Genossinnen! Sorgt für Massenbuch!

der Feier vor dem Reichstagsgebäude tanztieren. Abends um 8 Uhr werden die Teilnehmer der Feier, einer Einladung des Reichspräsidenten folgend, sich im Staatstheater einfinden. Da der Verfassungstag in die Urlaubszeit fällt, ließ sich die Aufführung eines einheitlichen Festspiels oder Schauspiels nicht ermöglichen. Es wird deshalb im Staatstheater die „Szene Athens-Deutschland“ aus dem Jahrhundertfestspiel Gerhart Hauptmanns gesprochen werden, zugleich die Ehreung des Dichters zu seinem 60. Geburtstag; weiter soll die V. Symphonie von Beethoven gespielt werden. Ueber die Künstler, die aktiv teilnehmen, steht nichts fest. Neben diesen amtlichen Feiern des Tages, der im übrigen Werttag ist, veranstalten zahlreiche Vereine und Organisationen private Feiern, deren Teilnehmer sich wahrscheinlich zu einem Fackelzug vereinigen werden, der vor dem Staatstheater enden soll.

Der Verfassungstag in Preußen.

Der Minister des Innern Severing hat folgenden Erlaß an die Ober- und Regierungspräsidenten herausgegeben lassen:

Die Reichsregierung und das Preussische Staatsministerium haben beschlossen, den 11. August zur Erinnerung an die vor drei Jahren vollzogene Verfassung des Deutschen Reiches durch Veranstaltung von Festlichkeiten nicht nur in der Reichs- und Landeshauptstadt, sondern auch im ganzen Lande in angemessener Weise zu begehen. Wenn auch das Festgesetz über die Einführung eines Nationalfeiertages noch nicht verabschiedet ist und deshalb der 11. August in diesem Jahre noch nicht von der gesamten Bevölkerung als allgemeiner Nationalfeiertag begangen werden kann, so ist es doch Sache aller Behörden, der Bedeutung des Tages der Wiederherstellung der deutschen Einheit in würdiger Weise zu gedenken.

Zu diesem Zwecke wird folgendes angeordnet:

1. Sämtliche Dienstgebäude der Innen- und der allgemeinen Verwaltung sowie die Gebäude der Selbstverwaltungskörper haben am 11. August entsprechend den Verfügungen vom 23. Juli 1922 usw. in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen. Soweit einzelne Gemeinden oder Gemeindeverbände in Besitz von besonderen Flaggen (z. B. in den Stadt- oder Provinzfarben) sind, habe ich nichts dagegen einzuwenden, daß neben den Reichs- und Landesflaggen auch jene Farben gezeigt werden.

2. An allen Orten, die Sitz eines Oberpräsidiums oder einer Regierung sind, haben die Vorstände dieser Behörden sich mit den dort vertretenen anderen Landes- und Reichsbehörden unverzüglich ins Benehmen zu setzen, um möglichst gemeinsame Bestimmungen über eine würdige äußere Gestaltung der Feier herbeizuführen. Insbesondere empfehle ich, auch mit den Spitzen der Kommunalbehörden wegen Veranstaltung gemeinsamer Feiern Fühlung zu nehmen.

3. Wegen der äußeren Gestaltung der Feiern im einzelnen (Ansprachen, gegebenenfalls auch musikalische oder deklamatorische Darbietungen und dergleichen) wird den nachgeordneten Behörden weitestgehende Handlungsfreiheit gelassen, da die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse eine einheitliche Regelung ausschließt. Rein dem Takt der mit unterstellten Behörden erwerbe ich, daß sie aller vermeintlichen Schmierigkeiten (wie z. B. Klang, Raumfrage usw.) Herr werden, so daß auch nicht der Schatten eines Mißverständnisses oder einer Verstimmung zurückbleibt.

4. Die Bedeutung des Tages läßt es geboten erscheinen, daß an den Festlichkeiten sich nicht nur Vertreter der Staatbehörden beteiligen, sondern daß auch Vertreter der Bevölkerung hinzugezogen werden. Ich bitte deshalb, daß besondere Einladungen zur Teilnahme an den Festlichkeiten auch an die Spitzen der Militär- und Polizeibehörden, die Organisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Handels- und Handwerksvereine, Gewerkschaften, Beamtenorganisationen usw. ergehen.

5. Sämtlichen Beamten der allgemeinen und der inneren Verwaltung ist, soweit es nicht durch unauflösbare dienstliche Obliegenheiten in Anspruch genommen sind und soweit die räumlichen Verhältnisse es zulassen, auf ihren Wunsch die Teilnahme an den Feiern zu gestatten.

Ueber den Verlauf der Veranstaltungen ersucht der Minister um Berichte.

Die Feier in Sachsen.

Dresden, 2. August. (M.B.) Der Ministerpräsident hat angeordnet, daß sich am 11. August die Vorstände der staatlichen Behörden, die Beamten, Angestellten und Arbeiter ihrer Behörde zu Feiern versammeln. Die Dienstgebäude, staatlichen Schulen und die im wesentlichen aus Staatsmitteln unterhaltenen Sittingsgebäude sind zu beslaggen.

Verurteilung eines Landbündlers.

Wegen Beleidigung des Anhalters Staatspräsidenten.

Dessau, 2. August. (M.B.) In nahezu 9 stündiger Verhandlung wurde heute vor dem Landgericht gegen den Direktor des Landbundes Anhalt Robert Schule verhandelt. Bei dem Kreisstadts- und Gemeindevorstand im November 1921 hatte Staatspräsident Meißel als sozialdemokratischer Redner gesprochen. In einem Artikel des Landbündlers machte Schule unter der Ueberschrift „Wahlschwindel“ dem Staatspräsidenten den Vorwurf, in einer Versammlung behauptet zu haben, der Landbund lasse sich für die Bearbeitung von Anträgen und Gewährung von Stützungsland 20 M. bezahlen, obgleich die Entscheidung darüber doch lediglich beim Landes-Stützungsamt liege; Schule schrieb, es sei bedauerlich, daß ein Staatspräsident einen solchen Wahlschwindel verübe. Der Staatspräsident bestritt, eine solche Äußerung getan zu haben. Sie sei vielmehr von einem Debattepartner gemacht worden. Eine Berichtigung auszunehmen, lehnte Schule ab, weil ihm die Aufforderung nicht von dem Staatspräsidenten Meißel, den die Sache persönlich anging und gegen den Schule sich lediglich als gegen den Parteiredner, nicht in seiner Beamteneigenschaft gewandt haben will, sondern von einem Ministerialdirektor im Auftrage des Staatsrates für Anhalt zugegangen sei. Das Gericht sprach dem Angeklagten Wahrnehmung berechtigter Interessen zu, erkannte aber, daß er den Rahmen des Zulässigen überschritten und eine schwere Beleidigung gegen den Staatspräsidenten ausgeprochen habe. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 5000 M. und Publikationsbefugnis für den Staatsrat.

Polen nach der Krise.

Warschau, 1. August. (M.B.) Die „Koz Kurjer“ schreibt, ist mit einer Verschiebung der Sejmwahlen wegen der Wilnaer und der ostgalizischen Frage zu rechnen. Das Blatt verlangt, daß dann die bisher verschiedenen Sejmwahlen in den Ostmarken vorgenommen werden. Kurjer Post bezeichnet die Lösung der ostgalizischen Frage als die erste Aufgabe der Regierung.

„Koz Kurjer“ zufolge sprach der Ministerpräsident Komol jüdischen Vertretern gegenüber die Zusicherung aus, daß jeder Bürger Polens ohne Rücksicht auf Konfession und Nationalität sich im Staat zu Hause fühlen könne. Das gleiche Blatt gibt eine Interpellation des jüdischen Sejm-Klubs wegen noch bestehender rechtswidriger Beschränkungen der Rechte jüdischer Bürger wieder.

Ministerpräsident Komol stammt aus Osmieczim. Er ist Professor der Bakteriologie und Tierheilkunde an der Jagellonischen Universität in Krakau. Nach Beendigung seiner Studien an der medizinischen Fakultät in Krakau begab er sich nach Wien und Paris, wo er einige Jahre das Studium der Bakteriologie betrieb. Nach seiner Rückkehr habilitierte er sich in Krakau. Im Jahre 1914 wurde er zum Vizepräsidenten der Stadt Krakau gewählt. Während des Krieges war er Bevollmächtigter der Zentrale für die Wiederaufbauung Galiziens. Im Jahre 1921 wurde er zum Rektor der Universität gewählt, 1922 ebenfalls. Komol veröffentlichte bis jetzt 40 Werke über Bakteriologie und Tierheilkunde in polnischer, französischer und deutscher Sprache.

Wahlkampfstimmung.

Warschau, 2. August. (M.B.) Wlenski hat bereits die Wahlkampfstimmung durch Korianty hat sich nach Kattowitz begeben und erstet ein Manifest, worin er die Geschichte seiner verunglückten Regierungsbildung schildert und Wlenski's Verfahren angreift. Wlenski's Manifest, der Staatschef sei einem Wlenski'schen Sejm nur dank den nicht-polnischen und staatsfeindlichen Stimmen entgangen; die Sejmleute, verbunden mit den nicht-polnischen und staatsfeindlichen Elementen, habe das Recht mit Füßen getreten. Der Kampf um das Recht sei nicht zu Ende. Das Manifest endet mit einem Wahlauftrag.

Warschau, 1. August. (M.B.) Die Blätter der Rechten veröffentlichen einen Aufruf Korianty, in dem dieser eine Darstellung seines Konflikts mit dem Staatschef gibt und zu einer Entscheidung im Kampf um das Recht bei den Wahlen aufruft. Wlenski trifft noch eine Meldung des „Koz Kurjer“ Anfang September in Warschau ein.

Der Generalstreik in Italien.

Rom, 2. August. (M.B.) Nach heute vormittag erfolgenden Meldungen aus den Provinzen dauert der Streik noch teilweise fort. Die öffentlichen Betriebe sind überall in Tätigkeit. Die Eisenbahnzüge verkehren fast normalmäßig. Die Nacht und der Vormittag sind ruhig verlaufen, nur in Savona wurde ein Infanterie von einem Unbekannten erschossen. In Rom herrscht vollkommen Ruhe. Die meisten öffentlichen Verkehrsanstalten nehmen ihren regelmäßigen Betrieb wieder auf.

Anklagereden in Moskau.

Moskau, 2. August. (M.B.) Im Namen der 3. Internationale ergriff Klara Zetkin das Wort zu einer Anklagerede und führte folgendes aus: Ungeachtet der in Westeuropa herrschenden Klassenjustiz hätten die Vertreter der Internationale 2 und 2½ die Schamlosigkeit besessen, nach Moskau zu kommen und von den Wängeln des proletarischen Gerichts zu reden. Wandervogel und seine Freunde hätten nicht etwa aus Menschenliebe die Vertreibung der Sozialrevolutionäre übernommen, vielmehr sollte im Moskauer Prozeß der entscheidende Schlag gegen das Sowjetregime geführt werden. Es werde behauptet, daß hier eine Sache der Sieger über die Besiegten geübt werde, daß die Verbrechen der Angeklagten verjährt seien. Aber die Affäre Tschernom und der Kronradler Aufstand gehörten der allerjüngsten Vergangenheit an. Um jeden Preis müsse der Vorposten der Weltrevolution, die Sowjetrussische Republik, vor allen Anschlägen geschützt werden. Das Moskauer Tribunal werde es verstehen, die Mittel dafür zu finden.

Der Vertreter der Staatsanklage, Krylenko, erörterte eingehend jeden Punkt der Anklage und ersuchte das Tribunal, sich durch etwaige Rücken der Beweisaufnahmen nicht betören zu lassen, da die Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei, Soz. Timofejew und Donskoi, wiederholt während des Prozesses erklärt hätten, daß sie die ganze Verantwortung für alle Aktionen ihrer Partei übernehmen und ihre Bereitschaft zur Fortsetzung des Kampfes offen kundgegeben haben. Krylenko forderte vom Tribunal die Anwendung des höchsten Strafmaßes (d. h. der Todesstrafe) gegenüber den angeklagten Mitgliedern des Sozialrevolutionären Zentralkomitees.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ will über sein Verbot mit Minister Severing sprechen. Sollte dort eine Aufhebung des Verbotes nicht durchgeführt werden können, so ist die Anrufung des Staatsgerichtshofes beabsichtigt.

Das chinesische Parlament, das seine Beratungen mehrere Jahre ausgesetzt hatte, ist am 30. Juli wieder zusamengerufen. Im Abgeordnetenhaus bezeichnete der Vorsitzende es als eine der wichtigsten Aufgaben, eine Verfassung aufzustellen. Das Parlament hat sich darauf verlegt.

